

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Kunzelgenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Beilagen. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Grep. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, II. — Fernsprech-Anschluß 5 22 81.

### Unser Jahrbuch 1928.

In ungefähr gleichem Umfange wie im vorigen Jahre geht auch in diesem Jahre das Jahrbuch unseres Verbandes hinaus in die Gauleitungen und Zahlstellen, in die Hände der interessierten Mitglieder. Weite Verbreitung des Jahrbuches in alle Kreise der Mitglieder ist nur zu wünschen und anzustreben, enthält doch das Jahrbuch auch in diesem Jahre wieder eine Fülle von Wissenswerten aus dem Verbandsleben und aus der Organisationsarbeit des vergangenen Jahres und eine Menge von Tatsachen und Material aus dem Wirtschaftsleben, deren Beobachtung für den Gewerkschaftler ja so unendlich wichtig ist. In einem Abschnitt „Die Wälder vor der Fällung“ werden aber auch wichtige staatspolitische Ereignisse kurz erwähnt und in Beziehung zum Wirtschaftsleben gebracht.

Schon ein Blick auf das Inhaltsverzeichnis zeigt den reichen Inhalt des Jahrbuches. Das erste größere Kapitel „Die deutsche Wirtschaft“ zeigt in vielen Unterabschnitten Entwicklung und Stand der deutschen Volkswirtschaft im Jahre 1928. Jeder Kollege, der für seine gewerkschaftliche Arbeit volkswirtschaftliches, statistisches Material braucht — sehr oft wird es ihm geradezu unentbehrlich sein — findet hier an einem Platz alles vereinigt: Angaben über die Arbeitslosigkeit, über den Produktionsstand, über die Ein- und Ausfuhr, über die Entwicklung der Löhne, der Indexpreise, der Lebenshaltungskosten, der Getreide- und Brotpreise und über vieles andere. Man sage nicht, daß das Vergangene nicht so wichtig ist. Es ist wohl wichtig, die wirtschaftlichen Ereignisse und Wandlungen des vorangegangenen Jahres zu kennen. Kenntnis des Vergangenen erlaubt Schlüsse auf die kommende wirtschaftliche Entwicklung.

Der Sozialpolitik des Jahres 1928 ist auch in diesem Jahrbuch wieder ein besonderes Kapitel gewidmet. Alle wichtigen Ereignisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik sind berücksichtigt worden. Dabei finden sich interessante Streiflichter auf das Verhalten der bürgerlichen Parteien im Reichstage, wenn sozialpolitische Verbesserungen angestrebt oder Verschlechterungen von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgewehrt wurden. Aus allen diesen Mitteilungen über die Krisenfürsorge, über die Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit, über den Ausbau der Unfallversicherung, über Wohnungsmangel, Invaliden- und Angehörigenversicherung sieht man wieder, wie ungeheuer wichtig es für die organisierte Arbeiterchaft ist, genügend Vertreter der freien Gewerkschaften in den Parlamenten der Kommunen, der Länder und des Reiches zu haben.

Einen größeren Raum nehmen auch in diesem Jahrbuch wieder die Berichte über die einzelnen Industrien ein, für die unsere Organisation zuständig ist. Auf 70 Druckseiten wird ausführlich über die wirtschaftliche Lage, über Produktion und Absatz, über die gewerkschaftliche Arbeit mit ihren Erfolgen in diesen Industrien berichtet. Da jede Industrie gesondert behandelt wird, waren Wiederholungen nicht ganz zu vermeiden, da manche Situation sich gleichmäßig in allen Industrien vorfand. Das kann natürlich nicht den Wert des hier aufgehäuften Materials vermindern. Eine kürzere Fassung mancher Berichte wäre trotzdem sehr zu empfehlen.

Die Entwicklung des Verbandes, Mitgliederbewegung und Mitgliederbestand, Mitteilungen über Änderungen im Zahlstellenbestande, über den Markenumsatz, auch in den Gauen, über die korrespondierende Tätigkeit des Hauptvorstandes behandelt das nächste Kapitel. Über diese Tatsachen sind die Mitglieder im allgemeinen ja unterrichtet, entweder kennen sie sie aus eigenem Erleben oder aus den Verbandszeitungen. Immerhin wird ihnen auch diese knappe Darstellung der Entwicklung unserer Organisation im vergangenen Jahre von Wert sein, weil hier alle wissenschaftlichen Angaben an einer Stelle vereinigt und den Kollegen ohne langes Suchen zugänglich sind. Neu ist in diesem Kapitel ein kurzer Abschnitt über die im Jahre 1928 erfolgten Ausschüsse aus dem Verband. Es war angesichts der maßlosen kommunistischen Überhebungen von den „Massenaus schlüssen“ aus unserem Verband oder notwendig, die nächsten Tatsachen und Zahlen für sich sprechen zu lassen und die kommunistischen Märchen von den Massenaus schlüssen gründlich zu zerfören.

Die Bildungsarbeiten des Verbandes werden im nächsten Abschnitt ausführlich gewürdigt und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ins rechte Licht gerückt, zugleich aber auch gezeigt, daß auch, und gerade in unserer Organisation, in dieser Beziehung viel Ersprießliches geleistet wird. Ebenso wertvoll sind die beiden folgenden Abschnitte über das Betriebsrätewesen und die Jugendabteilung. Geht aus den Mitteilungen über das Betriebsrätewesen hervor, wie wichtig und nützlich für die Arbeiterchaft die Tätigkeit der Betriebsräte sein kann, wenn geschulte, energische Kollegen in fester Verbindung mit der Betriebsräteabteilung diese Tätigkeit ausüben, so zeigt der

Bericht über das Jugendwesen, daß noch viele jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation fernstehen, und daß nur 8,37 Prozent unserer Mitglieder Jugendliche unter 18 Jahren sind. Hier ist also noch sehr viel Arbeit zu leisten.

Den Jahresberichten der Gauleiter folgt eine ausführliche Darstellung über die Agitation unter den Kolleginnen: Es zeigt sich, daß die Einrichtung des Frauensekretariats beim Hauptvorstande auf die Werbearbeit unter den Frauen einen sehr günstigen Einfluß ausgeübt hat. Im Laufe des Jahres 1928 konnten mehr als 10 000 Arbeiterinnen als Mitglieder in den Verband aufgenommen werden. Eine stärkere Heranziehung der Frauen zur Mitarbeit in den Betriebsräten und überhaupt zur gewerkschaftlichen Betätigung muß aber noch unbedingt erreicht werden.

Mitteilungen über die Zahl der Angestellten im Verbands, über die Unfall- und Unterstützungskasse schließen sich an. Dann folgen die Kassenberichte und eine Darstellung der Unterstützungsleistungen unseres Verbandes. Geben die Kassenberichte einen eindrucksvollen Beweis von der gesunden finanziellen Grundlage unseres Verbandes, so zeigen die Übersichten über die ver-

### Wille, Tatkraft und Vernunft.

Soll die Bewegung Erfolg haben, dann muß der Wille sich auf Mögliches richten, muß das Bedürfnis die Mittel zu seiner Befriedigung vorfinden. Es müssen aber auch die Willenden die Kraft besitzen, sich gegen auftretende Widerstände durchzusetzen. Aufgabe der Einsicht ist es, durch Erforschung der wirklichen Verhältnisse das Mögliche vom Unmöglichen zu sondern und die gegenseitigen Kraftverhältnisse klarzulegen und so zu bewirken, daß die Kräfte der Menschen sich auf das jeweilig Durchführbare beschränken. So wird jeder Kraftverschwendung vorgebeugt, werden die vorhandenen Kräfte intensiver ausgenutzt.

Karl Kautsky (Kerzismus und Kommunismus).

schiedenen Unterstützungsarten, wie die aufgetragenen Beiträge in Form von Unterstützungen wieder zufließen und wieviel Not der Kollektivgedanke zu lindern vermag, der in den gesammelten Beiträgen — über 18 Millionen Mark im Jahre 1928 — zum Ausdruck kommt. Die für die verschiedensten Unterstützungsarten aufgewandten Summen sind jedenfalls ein gutes Agitationsmaterial, das kaum ohne Erfolg bleiben kann.

Ein besonderes Kapitel ist der Arbeitslosigkeit in unserem Verbands gewidmet. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Gesamtverbande, in den einzelnen Industriegruppen und in den verschiedenen Landesstellen wird ausführlich dargestellt und mit vielen Zahlen belegt. Ein interessanter Abschnitt behandelt die Kriminalität in der deutschen Republik im Jahre 1927. Es wird gezeigt, daß die Zahl der Verbrechen gegen das Eigentum die aller anderen Verbrechen weit übersteigt und wie stark sich in ihnen die kapitalistische Wirtschaftsordnung widerspiegelt.

Einen starken Eindruck von der lohn- und tarifpolitischen Arbeit unseres Verbandes geben die Darstellungen über die Lohnbewegungen und über die Tarifverträge. Hier sieht man, wieviel materiellen Vorteil die Arbeiterchaft von starken Organisationen hat und wieviel praktischer Klassenkampf von unserem Verbands geleistet wurde. Und dieser tägliche praktische Klassenkampf mit seinen sofortigen materiellen Erfolgen für die Arbeiterchaft ist ungleich mehr wert und fruchtbringender als die Unmenge papierener Resolutionen und radikaler Phrasen, mit denen die Kommunisten die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigen wollen. Das erkennt die Arbeiterchaft mit jedem Tage mehr, und darum werden auch die neuen kommunistischen Richtlinien, die im letzten Abschnitt unseres Jahrbuches behandelt werden, in den Kreisen unserer Mitglieder keinen Erfolg haben.

Daß das Jahr 1928 ein Kampfsjahr war, wie im Jahrbuch gleich eingangs bemerkt wird, geht aus allen Tätigkeitsberichten der verschiedenen Abteilungen beim Hauptvorstande und der Gauleitungen hervor. Aber Gewerkschaftsarbeit ist ja Arbeit für die Gegenwart und fast noch mehr für die Zukunft und wird als solche immer Kampfsarbeit sein müssen. Für diesen Kampf finden die Kollegen in unserem Jahrbuch hinreichend Waffen und Kriegsmaterial. Um es sich und den weiten Kreisen der Arbeiterchaft nutzbar zu machen,

ist allerdings ein eingehendes Studium des Jahrbuches notwendig. Das sollten diese Zeilen aber bezwecken, den Kollegen einen Hinweis auf die reichen Schätze zu geben, die in unserem Jahrbuch zusammengetragen sind, die Kollegen anzuspornen, sich diese Schätze anzueignen und sie fruchtbringend in ihrer eigenen gewerkschaftlichen Arbeit anzulegen. Diese Mühe, die ganz sicher von reichem Erfolge im Interesse der Organisation und der Arbeiterchaft sein wird, wäre die beste Belohnung für die fleißige Arbeit, die nötig war, um unser Jahrbuch zusammenzustellen und so auszugestalten, daß es das wurde, was es ist, eine Quelle der Begeisterung und ein Helfer in der gewerkschaftlichen Arbeit.

### Der ADBB. im Jahre 1928.

Der Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industrieorganisationen innerhalb des ADBB. hat im Jahre 1928 einen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen. Es vereinigten sich die Verbände der Böttcher, Fleischer, Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zu einer gemeinsamen Organisation, dem Verbands der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, der seine Tätigkeit am 1. April 1928 aufnahm. Im freigewerkschaftlichen Lager besteht nunmehr für das Gebiet der Nahrungsmittel- und Genussmittelindustrie — wenn hierbei von der Tabakindustrie abgesehen wird — nur eine gewerkschaftliche Organisation. Es verminderte sich die Zahl der zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde zählenden Zentralverbände von 38 auf 35. Auch die Zahl der Zweigvereine wurde dadurch geringer. Die Gesamtzahl der Zweigvereine ging von 15 052 im Vorjahre auf 13 810 im Berichtsjahre zurück.

Die erfreuliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen hat sich auch 1928, und zwar ununterbrochen das ganze Jahr hindurch, fortgesetzt. Die folgende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung.

Name des Verbandes	Es hatten Mitglieder	
	am Ende des Jahres 1928	im Jahresdurchschnitt 1928
Baugewerksbund	458 048	402 252
Bekleidungsarbeiter	79 797	74 076
Bergarbeiter	198 358	194 740
Buchbinder	57 166	53 187
Buchdrucker	83 908	81 305
Dachdecker	11 097	10 691
Eisenbahner	243 611	233 368
Fabrikarbeiter	477 335	423 059
Feuerwehrmänner	7 424	7 940
Filmgewerkschaft	—	—
Frisiergehilfen	4 242	3 939
Gärtner	10 657	9 540
Gemeinde- u. Staatsarb.	257 933	228 522
Graph. Hilfsarbeiter	41 111	39 007
Holzarbeiter	313 544	293 835
Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellte	29 618	25 083
Hutarbeiter	18 165	18 178
Kupfer Schmiede	7 185	6 735
Landarbeiter	178 088	152 880
Lederarbeiter	37 540	38 185
Lithographen	24 181	23 205
Maler	56 813	43 746
Maschinisten	51 777	46 359
Metallarbeiter	944 310	815 838
Musiker	23 509	22 864
Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter	168 575	151 808
Saffler, Tapezierer und Portefeinler	31 406	29 618
Schornsteinfeger	2 952	2 875
Schuhmacher	77 233	77 907
Schweizer	12 105	11 048
Schneidarbeiter	68 970	63 798
Tabakarbeiter	78 282	71 379
Textilarbeiter	310 941	300 670
Verkehrsbund	390 360	351 435
Zimmerer	110 675	101 601
Zusammen	4 866 926	4 415 673

Vier Verbände erlitten gegen das Vorjahr einen Rückgang der Mitgliederzahlen. Doch sind diese Verluste nicht erheblich, sie betragen insgesamt nur 1848 Mitglieder. Die übrigen Verbände erreichten Mitgliederzunahmen, die zwischen 1,9 v. H. und 18,1 v. H. schwanken. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des ADBB. von 4 415 673 im Jahre 1927 auf 4 866 926 im Berichtsjahre, oder um 451 253 gleich 10,2 v. H. Der Zuwachs im Vorjahre bezifferte sich dagegen auf 482 754 Mitglieder. Seit Beginn der neuen Periode des Aufstiegs, im September 1926, gewann der ADBB. bis Ende 1928 981 382 Mitglieder.

Im Durchschnitt des Jahres 1928 wirkt sich die Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen günstiger als im Vorjahre aus. Es zählten die Verbände insgesamt 3 773 210 männliche (1927: 3 363 787), 712 430 weibliche, 167 946 jugendliche, zusammen 4 653 586 (4 150 160) Mitglieder. Die Gesamtmitgliederzahl erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 503 426

Verband hat nicht berichtet.  
1. Zusammengefaßte Mitgliederzahlen der früheren Verbände der Böttcher (8142), Fleischer (16 643), Lebensmittel- und Getränkearbeiter (74 443) und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter (52 589).

gleich 12,1 v. H. Erfreulich ist, daß die rückläufige Bewegung der Zahl der weiblichen Mitglieder, die sich seit einigen Jahren zeigte, nunmehr einem neuen Aufstiege gewichen ist. 1928 machten die weiblichen Mitglieder 15,3 v. H. der Gesamtzahl aus. Die jugendlichen Mitglieder werden in der Verbandsstatistik nicht völlig ausgewiesen; ein Teil der Verbände zählt sie nicht gesondert.

Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich im Jahre 1928 weiter günstig entwickelt. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen. Es vereinnahmten die Verbände insgesamt 221 696 195 Mk. gegen 182 252 326 Mk. im Vorjahre. Die Beitragseinnahmen haben sich pro Mitglied vermehrt von 40,87 Mk. im Vorjahre auf 44,02 Mk. im Berichtsjahre.

Die Gesamtausgaben betrugen 1928 189 368 911 Mk. gegen 129 463 897 Mk. im Vorjahr. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 Mk. zu verzeichnen.

Es wurden verausgabt für:

	1928 Mk.	1927 Mk.
Unterstützungen . . . . .	62 540 817	40 965 984
Arbeitskämpfe . . . . .	32 224 377	11 358 288
Presse und Bildungswesen . . . . .	11 865 347	8 884 151
Agitation und Organisation . . . . .	18 667 658	15 964 209
Sonstiges . . . . .	11 873 705	9 143 865
Verwaltung . . . . .	52 192 007	43 197 600

Von der Ausgabe für Presse- und Bildungswesen kommen im Berichtsjahre 7 632 405 Mk. auf Verbandsorgane und 619 051 Mk. auf sonstige Organe. Alle Ausgabenposten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung auf. Der Löwenanteil der Mehrausgabe entfällt auf die Unterstützungen und Arbeitskämpfe. Beide Posten zusammen erhöht sich gegen das Vorjahr um 42 440 922 Mk., sie machen im Berichtsjahr über die Hälfte der Gesamtausgabe aus.

Von den Unterstützungsansgaben kamen im einzelnen auf:

	1928 Mk.	1927 Mk.
Arbeitslosenunterstützung . . . . .	28 059 354	14 881 556
Krankenunterstützung . . . . .	24 102 272	17 892 547
Invalidenunterstützung . . . . .	2 900 016	2 020 451
Sterbefallunterstützung . . . . .	3 343 630	2 711 095
Sonstige Unterstützungen . . . . .	3 318 392	2 808 081
Rechtschutz an Mitglieder . . . . .	817 153	652 254

Der Eindruck der günstigen Entwicklung der Gewerkschaften wird verstärkt durch die Ergebnisse der Jahresstatistik der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Von 1269 Ortsausschüssen sandten 1183 (gleich 93,2 v. H. der Gesamtzahl) Berichte ein, davon 17 leider so verspätet, daß sie in die Tabellen nicht mehr einbezogen werden konnten.

Von an der Statistik beteiligten 1164 Ortsausschüssen waren 1928 insgesamt 12 188 Gewerkschaften angeschlossen, die zusammen 4 046 019 Mitglieder zählten, darunter 609 784 weibliche und 226 465 jugendliche.

Die Ausgaben der Ortsausschüsse werden durch Beitragsleistungen der angeschlossenen Gewerkschaften bestritten, die in der Regel pro Mitglied festgesetzt sind. Seit dem Jahre 1925 bewegen sich die Beitragssätze stark nach oben. Im Vergleich zum Vorjahre gestiegen sich die Beitragseffektungen der Ortsausschüsse, in drei Beitragsgruppen zusammengefaßt, folgendermaßen:

Beitragshöhe pro Mitglied und Jahr Pf.	1928		1927	
	Ortsaus- schüsse	Mitglieder- zahl	Ortsaus- schüsse	Mitglieder- zahl
bis 60 . . . . .	536	1 106 091	27,1	555
61-120 . . . . .	452	1 548 213	33,3	396
über 120 . . . . .	163	1 383 671	34,3	137

Dieser Übersicht sind die Beitragseffektungen für die männlichen Mitglieder zugrunde gelegt. Für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder werden vielfach geringere Beiträge erhoben. Der Anteil der Mitglieder, die auf eine Beitragsleistung bis 60 Pf. entfallen, ist gegen das Vorjahr gesunken, die Anteilziffern der Mitglieder der höheren Beitragsgruppen dagegen gestiegen.

Angaben über die Kaszenverhältnisse liegen von 1132 Ortsausschüssen mit zusammen 4 027 461 Mitgliedern vor. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 4 154 431 Mk., davon kommen auf Beiträge 3 036 834 Mk. und auf sonstige Einnahmen 1 057 597 Mk. Die Gesamtausgabe belief sich auf 3 739 017 Mk. Im Jahre 1928 bestanden an 127 Orten Arbeitersekretariate, die von besolbten Angestellten geleitet wurden. In weiteren 305 Orten waren Rechtsanwaltsstellen eingerichtet. Zur Förderung der Bildungsbestrebungen bestanden an 405 Orten Bildungsanschlüsse und an 305 Orten Jugendanschlüsse. Von 767 Ortsausschüssen wurden zur Benutzung für alle Mitglieder gemeinsame Bibliotheken unterhalten. In 114 Orten haben sich die Gewerkschaften eigene Häuser erworben, in denen sich das Gewerkschaftsleben am Ort konzentriert. Dieser Besitz repräsentiert Millionenerträge.

Der Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1928 kann an dieser Stelle nur kurz umrissen werden. Eingehender berichtet darüber das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB für 1928.

### Pier- und Landesverräter!

In der gegenwärtigen Zeit der allgemeinen europäischen Arbeitslosigkeit sollte man kaum glauben, daß es auch einmal eine Zeit gegeben hat, in welcher Tausende ausländischer Arbeiter alljährlich in Deutschland Beschäftigung fanden. Polen, das Gebiet der heutigen Tschekoslowakei, Holland und Italien waren die Staaten, aus denen vor dem Kriege alljährlich die Arbeiter und Arbeiterinnen nach Deutschland strömten, um zu Beginn des Winters wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Der Zustrom der Ausländer war das größte Hindernis für eine günstige Lohnentwicklung.

Die Italiener kamen aus den Alpenprovinzen Udine, Belluno, Cuneo usw., wo sie im allgemeinen kleine Befehrer waren, jedoch aus ihrem Besitz nicht den Lebensunterhalt ziehen konnten. Sozialistische Geist war von ihnen nicht zu erwarten. Sie waren an eine äußerst primitive Lebensweise gewöhnt, bestanden in von Unternehmern erhaltenen Baracken und waren selbstverständlich für die Unternehmer die besten Ausbeutungsobjekte, die auch nach Möglichkeit zu engagiert wurden, wo ein Streik der deutschen Arbeiter ausbrach. Demnach wurde 1906 von der Generalkommission der Gewer-

schaften Deutschlands der Versuch gemacht, durch Setzungen in ihrer Muttersprache auf die italienischen Arbeiter einzuwirken. Es wurde eine Propagandazeitschrift in italienischer Sprache herausgegeben. Ihr erster Redakteur war der vor kurzem in Berlin verstorbene Genosse Oskar Wolff. Schon nach einem Jahre trat Wolff von der Redaktion zurück, und die Stelle wurde im „Correspondenzblatt“ ausgefüllt. Da meldete sich aus Järich ein Schweizer, der in Italien studiert und lange Jahre dort an Privatschulen, zuletzt in Livorno als Lehrer tätig war. In die politischen Wirren des Jahres 1898 verwickelt, war er nach Beendigung des Aufstandes, um dem Gefängnis und der Ausweisung zu entgehen, in seine Heimat, die Schweiz, geflüchtet. Hier traf er mit dem bekannten Genossen Hermann Ehrlich zusammen, der ihn zunächst mit Übersetzungsarbeiten beschäftigte. Dieser Mann, es war Johann Valär, wurde von der Generalkommission als Redakteur des „Operario Italiano“ angestellt und trat am 10. Januar 1900 seine Stellung in Hamburg an.

Die Zeitung, die anfänglich alle drei Wochen erschien, kam täglich und später wöchentlich heraus. Als verantwortlicher Redakteur zeichnete Karl Legien. Acht Monate später wurde durch eine Unvorsichtigkeit die Polizei auf den Ausländer Valär aufmerksam, und prompt erfolgte seine Ausweisung. Valär wandte sich dann nach Ludwigshafen a. Rh. und redigierte unter erschwerten Umständen seine Zeitung von dort aus, während sie in Hamburg bei Auer & Co. gedruckt wurde und Legien sie nach wie vor verantwortlich zeichnete. Zwei Jahre später siedelte Valär nach Lübeck über, um näher am Druckort der Zeitung und in der Nähe der Generalkommission zu sein.

Um eine statistische Arbeit fertigmachen zu können, war ein vorübergehender Aufenthalt in Hamburg nötig. Um das zu ermöglichen, mußte Valär seinen schönen blonden Vollbart opfern. In einem marneblauen Anzug gesteckt, die Seemannsmütze auf dem Kopfe, überschritt er eines Tages als Kapitän Bartels die Grenze der Freien und Hansestadt Hamburg. Und als Köppen Bartels ist er in Kreisen der wenigen alten Genossen in Hamburg auch jetzt noch bekannt.

Als 1903 die Generalkommission ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegte, ging auch Köppen Bartels von Lübeck nach Berlin, um von nun an den „Operario Italiano“ im Bureau der Generalkommission zu schreiben. Aber die 6-jährige Erfahrung hatte dem Redakteur die Überzeugung beigebracht, daß die Zeitung allein nicht genügenden Einfluß habe, um das Streikbrechertum und allen organisatorischen Schaden, der durch die Italiener entstand, zu beseitigen. Die schriftliche Agitation sollte durch mündliche ergänzt werden. Da es aber in Deutschland verboten war, in öffentlichen Versammlungen sich fremder Sprachen zu bedienen und sowohl für den Redakteur wie für das Weiterereichen der Zeitung das öffentliche Auftreten des Redakteurs eine Gefahr bedeutete, so mußte ein anderer Weg für die mündliche Agitation unter den Italienern beschritten werden. Im Winter sind die Streikbrecher alle zu Hause, und dort müssen sie aufgefunden werden. Das war Valärs Gedanke; doch der Durchführung standen erhebliche Hindernisse im Wege. Es galt zunächst das Hindernis zu beseitigen, das von 1898 her noch bestand. Dies gelang dem Abgeordneten im italienischen Parlament, Genossen Cabrini, der erreichte, daß die Sache in die 1900 erlassene Amnestie einbezogen wurde, was Valär das Betreten italienischen Bodens ermöglichte. Weiter war es dem Genossen Valär gelungen, mit Unterstützung Cabrinis die Gesellschaft „Amanitaria“ in Mailand für den Agitationsplan zu interessieren.

Diese Gesellschaft wurde im Jahre 1894 auf Grund eines testamentarischen Vermächtnisses gegründet. Es waren 9 Millionen Lire, die der Stifter, P. M. Loria, schenkte, um damit arbeiterfreundliche Zwecke zu verfolgen. Er hatte dabei besonders die Frage der Arbeitslosigkeit im Auge. Die Gesellschaft gründete Gewerkschaften, ein soziales Museum, eine Abteilung für die Auswanderer, organisierte Arbeitsnachweise und tat viel für das mauländische Proletariat.

Mit der Unterstützung der Amanitaria und in Begleitung des Dr. Piemonte durchwanderte Genosse Valär im Winter 1903 bis 1904 die tiefverschneiten Berge und Täler der Provinz Udine. Es wurden 60 bis 65 Ortschaften besucht. Der Referent mußte oft zwei- oder dreimal am Tage reden und manchmal auch zwei Tage an einem Orte bleiben, um die Auswanderer von Haus zu Haus aufzusuchen, weil die Abhaltung einer Versammlung nicht möglich war. Schwierigkeiten machten die Geistlichen, die Streikbrecherführer und Agenten sowie die Frauen, die einige Male in die Versammlungen eindrangen, um ihre Männer wegzuschleppen.

Es gelang jedoch, die öffentliche Meinung gegen die Streikbrecherführer mobil zu machen. Genosse Valär hatte eine Menge Tatsachenmaterial gesammelt, das er schonungslos in den Versammlungen in Anwesenheit der Schuligen vortrug. Der Erfolg war gut. Aus verschiedenen Versammlungen wurden die Missetäter wie Hunde verjagt, und in vielen Dörfern durften sie sich nicht mehr sehen lassen. Das Wort „Arumiro“ (Streikbrecher) wurde zur schimpflichsten Bezeichnung.

In jener Zeit wurde auch in der Stadt Udine das erste Auswanderersekretariat gegründet, und Dr. Piemonte übernahm die Leitung desselben. Dieser Mann wurde später Abgeordneter und lebt heute als Verbannter und „vaterlandsloser Geselle“ in Paris. Bis zum Ausbruch des Krieges hat er sein Sekretariat geleitet, hatte in der ganzen Gegend großen Einfluß gewonnen und insbesondere den Bauarbeitern Italiens und Deutschlands unzählige wertvolle Dienste geleistet.

Ein Erfolg dieser Agitationsstour im Winter 1904 war noch, daß in der inneren Provinz Udine zum ersten Male das Wort Sozialismus ausgesprochen und seine Bedeutung erläutert wurde. Wenige Jahre später wählte die dortige Bevölkerung drei sozialistische Abgeordnete in das Parlament.

Ein noch größerer Erfolg war vielleicht, daß dieses Volk, das bis dahin eine geistlose Mißtrauen kannte und keine blasse Ahnung von Solidarität verspürte, heute eine der stärksten Konsumgenossenschaften mit eigener Bank unterhält.

Solche Agitationsstouren wurden 1905 und 1906 wiederholt. Genosse Valär, ein großer und außerordentlich kräftiger Mensch, hatte sich bei den anstrengenden Agitationsstouren 1904 und 1905 ein schweres rheumatisches Leiden zugezogen, das ihn lange Zeit auf das Krankenlager warf. Die Krankheit und andere Gründe veranlaßten ihn im Jahre 1907, nachdem in dem Genossen Joseph Podgornik aus Triest ein geeigneter Redakteur für den „Operario Italiano“ gefunden war, die Stelle als Adjunkt der italienischen Junge am Schweizerischen Arbeitersekretariat anzunehmen. Er hoffte, in dem sächlicheren Klima von seinem Leiden zu genesen. Dazu kam, daß er in Deutschland genötigt war, ein verdecktes Leben zu führen; er durfte nicht öffentlich auftreten, keine schriftlichen Arbeiten machen mit dem Namen anderer gedeckt werden; er durfte nicht selbst verantworten, was er in der Zeitung schrieb, und schließlich glaubte er auch, daß er von der Schweiz aus viel mehr für die Arbeiterbewegung leisten könne als in Deutschland. Er hatte sich nicht getäuscht.

Als 1904 die Amanitaria die Abteilung für das Auswandererwesen ins Leben rief, sollte Genosse Valär die Leitung dieser neuen Einrichtung übernehmen. Er schlug das Angebot aus, weil er gerade dabei war, die erste Winteragitation durchzuführen. 1910 gab er dem Drängen nach und ging nach Mailand, um seine im Auslande gesammelten Erfahrungen im Interesse der italienischen Auswanderer zu vermelden.

In Mailand begann Valär sofort in den verschiedenen Provinzen Auswanderersekretariate einzurichten. Aufgabe dieser Sekretariate war: ständig in Verbindung mit den Auswanderern ihres Bezirks und deren Familien zu stehen und in den Dörfern Vertrauenspersonen zu wählen zur Erleichterung ihrer Arbeit; ferner alle vom Zentralbureau in Mailand oder vom ständigen Auswanderersekretariat in Rom ausgehenden Nachrichten den Auswanderern zu übermitteln; den Auswanderern jederzeit mit Rat und Tat zur Seite zu stehen, sie vor den Bestrafungen der Agenten zu schützen und jede Gelegenheit zu benutzen, unter den Auswanderern den Geist der Solidarität zu verbreiten und unter ihnen für die gewerkschaftliche Organisation zu werben; die Mitglieder der Gewerkschaften zu rekrutieren, um festzustellen, ob sie im Auslande ihre gewerkschaftlichen Pflichten erfüllt haben; die Winteragitation

vorzubereiten und zu unterstützen. Die dazu notwendigen Mittel stammten in erster Linie aus der Amanitaria, ferner aus dem Kommissariat, aus örtlichen Institutionen und schließlich aus Beiträgen der Auswanderer selbst. Bis zum Ausbruch des Krieges waren 40 solcher Sekretariate neu gegründet oder bereits bestehende angeschlossen. Ähnliche Sekretariate wurden im Einverständnis mit den interessierten Organisationen auch im Auslande errichtet oder bestehende unterstärkt. Im Dezember jeden Jahres wurde ein Kongress der Sekretariate einberufen. Für die Agitation wurden Broschüren und Bücher herausgegeben. Ein Auswandererkalender, vom Genossen Valär bearbeitet, erschien erstmalig 1911.

Für die überseefische Auswanderung wurde 1914 ebenfalls ein Kalender herausgegeben. Neben allen diesen Arbeiten wurden in der Auswanderungsabteilung auch Lehr- und Unterrichtskurse abgehalten, besonders Schulen eingerichtet, Lehrkräfte herangebildet. Diese zweifelloso große Kulturarbeit mußte 1914 bei Kriegsausbruch läß abgebrochen werden.

Das Zentralbureau und die Sekretariate wurden umgewandelt in Hilfsbureau für die aus allen Teilen der Welt zurückkehrenden Flüchtlinge. Genosse Valär war nun der Leiter dieser Einrichtung, und zwar als Beamter der Amanitaria und Mitglied einer großen Unterstärkungskommission, welche die Stadt Mailand mit ihrer sozialdemokratischen Verwaltung an der Spitze gebildet hatte.

Während der ersten drei Kriegsjahre leistete Valär diese schwere und aufopfernde Arbeit. Er ist Sozialdemokrat und trat für die Neutralität Italiens ein. Er hatte lange in Deutschland gelebt und eine deutsche Frau geheiratet und — „aufe Freunde“ hat jeder Mensch — wurde des Landesverrats und der Spionage verdächtigt. Er wurde gefaßt, von der Polizei auf Schritt und Tritt beobachtet, ihm wurde die Arbeit erschwert und verbittert.

Ende 1918 nahm Valär einen Auftrag der Genossenschaftsbank in Rom an, um Lehrkurse für die Angestellten der Genossenschaften zu organisieren und zu leiten.

Die von Valär eingerichteten Lehrkurse waren nach dem Muster unserer Gewerkschaftskurse gebildet und das Programm war das von Heinrich Kaufmann für die deutschen Genossenschaften aufgestellte. Als 1923 die Faschisten in die Bank eindrangen, wurden auch die Lehrkurse aufgehoben, und nun begann eine bittere Zeit für den Genossen Valär.

### Der amerikanische Gewerkschaftsbund und Amsterdam.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund (American Federation of Labour) hat sich in der Nachkriegszeit vom internationalen Gewerkschaftsbund zurückgezogen mit der Begründung, daß ihm Ziel und Mittel der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu radikal erscheine. Seit der Trennung waren stets Bestrebungen im Gange, den amerikanischen Gewerkschaftsbund der Amsterdamer Internationale näherzubringen, zumal zahlreiche amerikanische Gewerkschaften sich inzwischen den internationalen Berufsverbänden angeschlossen haben. Das Vordringen des amerikanischen Finanz- und Industriekapitals in Europa macht die gemeinsame Front der amerikanischen und europäischen Gewerkschaften noch mehr erwünscht als bisher. Zweifellos könnte der Zusammenstoß einer Nachzuzugs des Proletariats beider Erdteile bedeuten. Einem jüngsten Bericht zufolge hat nun ein Führer des amerikanischen Gewerkschaftsbundes zu diesem Zweck einen Vorschlag gemacht. Selbstverständlich ist in dieser Mitteilung die Rede nicht von einem Anschluß an die Amsterdamer Internationale, sondern von einem Vorschlag zur Gründung eines neuen Weltverbandes der Gewerkschaften, um die amerikanische Arbeiterbewegung gegen die europäischen Einflüsse zu schützen. So sehr man auch die Verbindung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung mit der europäischen wünschen mag, muß die erwähnte Mitteilung doch stark befremden. Der amerikanische Gewerkschaftsbund ist heute zweifellos eine verhältnismäßig sehr schwache Organisation. Sollte er sich, wie wir wünschen, zu einer mächtigen Organisation des amerikanischen Proletariats, die auch für die europäische Gewerkschaftsbewegung eine wertvolle Stütze bedeuten könnte, entwickeln, so wäre u. E. gerade das nötig, was er vermeiden will: nämlich unter den Einfluß der europäischen Gewerkschaftsbewegung zu gelangen. Rührt doch die Schwäche des amerikanischen Gewerkschaftsbundes gerade daher, daß er sich bisher stets weigerte, die Methoden der europäischen Gewerkschaftsbewegung anzuerkennen und anzuwenden. Er hat sich bisher auf die Vertretung einer relativ engen Gruppe der „Arbeiteraristokratie“ beschränkt, aus Gründen, die wohl verständlich sind und sich aus der geschichtlichen Entwicklung erklären lassen, die aber den heutigen Verhältnissen nicht länger entsprechen. In der amerikanischen Zeitschrift „The Nation“, die die Tätigkeit des amerikanischen Gewerkschaftsbundes kritisch verfolgt, erschien kürzlich die nachfolgende Kritik über den amerikanischen Gewerkschaftsbund, die wir mit einigen Kürzungen wiedergeben. Diese aus Kreisen der radikalen Opposition stammende Darstellung berücksichtigt die große wirtschaftliche Umwälzung durch die Einführung der arbeitssparenden Maschinen, die auch der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung neue Wege weisen dürfte. Folgendes wird in der amerikanischen Zeitschrift „The Nation“ ausgeführt:

Noch nie war die amerikanische Arbeiterbewegung in einer so entmutigenden Lage wie heute. Die Gewerkschaften haben seit 1920 ständig Mitglieder eingebüßt, große neue Industrien entstehen ohne Tarifverträge, und die größten Streiks der letzten Jahre führten zu katastrophalen Niederlagen. Nichts kann durch eine Verhehlung der Tatsachen gewonnen werden. Die Arbeiterbewegung ist in den letzten Jahren nicht nur, was die Zahl der Mitglieder anbelangt, sondern auch geistig-ideal schwach geworden.

Kein einziger Gewerkschaftsführer ist an der gegenwärtigen Lage schuld. Es gibt zwar innerhalb der Bewegung korrupte und unfähige Leute in Hülle und Fülle, aber die Riesenkräfte der modernen Industrie erfassen Minderwertige und Hervorragende ohne viel Rücksicht auf ihre persönlichen Eigenschaften. Es mag sein, daß ein Arbeiterführer unfähig ist, die Arbeiter der Ford'schen Fabriken, der General Electric Company (Elektrizitätstrust) oder der United States Steel Corporation (Stahltrust) zu organisieren, aber seine Unfähigkeit

kommt dabei kaum in Betracht, da es feststeht, daß selbst der Erzengel Gabriel nicht imstande wäre, diese Arbeiter im Kampfe gegen die erdrückende Übermacht des neuen Kapitalismus zu organisieren.

Wiel ist über die erlösende Wirkung der Maschine auf den Arbeiter gesagt worden, aber die durch die maschinelle Kraft bedingte Rationalisierung der Industrie beeinflußt die Arbeiterbewegung noch viel tiefergehend, als die einzelnen Arbeiter. Eine große moderne Firma besitzt Duzende von Methoden, einen Streik niederkämpfen, die einem Arbeiter vor vierzig Jahren noch nicht zur Verfügung standen.

Neben dieser erhöhten Macht bei frontal Angriffen versteht der wunderbare Erfolg geschäftlicher Unternehmungen die Unternehmer in Amerika in die Lage, die besten gelerntsten Arbeiter einzeln zu kaufen, und nur die zweitklassigen und schwachen für die Arbeiterbewegung übrig zu lassen.

Angesichts des Vordringens der Maschine hat die American Federation of Labor vorzügliche Beschlüsse gefaßt, in denen die Organisation der noch unorganisierten und die Verbesserung des Lebensstandards gefordert wird, doch hat sie in den letzten Jahren keine nennenswerte praktische Organisationsarbeit geleistet.

Wie schwach aber die Arbeiterbewegung im Vergleich zu den Kräften des heutigen Kapitalismus sein mag, sie darf das System der kollektiven Lohnverhandlungen nicht fahren lassen, wenn sie die Lebenshaltung und den verkürzten Arbeitstag nicht gefährden will.

Die erste genannte Politik würde bedeuten, daß die Massen der Arbeiter in der Automobil-, Textil-, Tabak- und Lebensmittelindustrie auch weiter unorganisiert bleiben würden.

Die dritte Möglichkeit — die Reorganisation der American Federation of Labor — ist offenbar der beste Ausweg. Und in der Tat gewinnt in der Stille eine Bewegung unter den fähigsten und fortschrittlichsten Arbeiterführern des Landes, um Großreinemachen vorzunehmen, immer klarere Umrisse.

Wir begrüßen die Bewegung, die American Federation of Labor umzugestalten, sie muß versucht werden, wenn wir nicht wollen, daß die jetzige Politik des Nebenlassens und des Nachgebens zur endgültigen Auflösung führt.

### Verschiedene Industrien

#### Selmarbeit in der chemischen Industrie Österreichs.

Die Selmarbeit war im alten Österreich genau wie in Deutschland eine der verbreitetsten Betriebsformen. Sie war zu finden in den Städten in Anknüpfung an das zugrundegehende Handwerk, auf dem Lande in Anlehnung an die kleinstädtische Wirtschaft.

Die bodenständigen Hausindustrien waren im alten Österreich zu finden, in der Tschechien, Jugoslawien, Galizien und dem heutigen Österreich. Nach der Grenzregulierung im Jahre 1919 auf Grund des Friedensvertrages ging die Selmarbeit auf dem Lande des gegenwärtigen Österreichs zurück.

Das Bestreben der Unternehmer in der Zeit ungewisser Wirtschaftsentwicklung und verschärfter Auslandskonkurrenz, das Risiko der Betriebsformen auf die Arbeiter abzuwälzen, hat den Anreiz zur Selmarbeit erheblich verstärkt.

wirtschaftlicher und sozialer Aufstieg dadurch angemessen gefördert wurde.

Die Schutzgesetze für die Selmarbeit sind im heutigen Österreich genau wie in Deutschland ungenügend. Untersuchungen über die Selmarbeit sind darum in den letzten Jahren notwendig geworden, um Handhaben zu finden, die gegenwärtigen Mängel abzustellen und die Möglichkeit zu schaffen, den sozialen Aufstieg der Arbeiter zu fördern.

Im Verlag „Arbeit und Wirtschaft“ in Wien ist 1928 eine Schrift erschienen, die sich heißt: „Wie leben die Wiener Selmarbeiter?“, von Käthe Leichter. In der Schrift ist das Material einer Erhebung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse von 1000 Wiener Selmarbeitern verarbeitet.

Es sind sieben Formen von Selmarbeit festgestellt. Neben der Selmarbeit in der Kleiderkonfektion, der Wäscheherstellung, der Stickindustrie, der Strick- und Wirkwarenherstellung, der Papierkonfektion, der Schuh- und Lederwarenherstellung ist auch Selmarbeit in der chemischen Industrie vor-

### Zwei Welten.

Das Entwicklungsgefes der bürgerlichen Welt heißt Konkurrenz, das der sozialistischen Welt Solidarität. Die kapitalistische Wille führt zur Trennung der Menschen in Reiche und Arme, in Gebildete und Ungebildete; der sozialistische Wille erstrebt Gemeinschaft in Arbeit und Genuß, in Erziehung und Erleben. Der kapitalistische Mensch kann nicht anders denken als in Herren und Knechten. W. H. Sollmann.

handen. Über die Entwicklung der Selmarbeit in der chemischen Industrie Österreichs sagt der Bericht u. a.:

Die chemische Industrie ist ihrem Charakter nach Großindustrie. Nur gewisse Nebenherzeugungen, wie Waschartikel, Hülsen, Nachlichter, sind seit jeher auch als Selmarbeit vergeben worden. Nach dem Kriege hat sich aber die Selmarbeit ganz besonders in einem Zweige der chemischen Industrie, der Erzeugung von Gummimanteln, verbreitet.

In der Erhebung befinden sich Selmarbeiter in der chemischen Industrie überwiegend in der Gummimantelerzeugung; in geringerem Umfange auch in der Erzeugung von Schweißblättern und Waschartikeln.

Die Selmarbeit in der chemischen Industrie Österreichs ist Kriegs- und Nachkriegserzeugung. 17,80 Prozent sind im Kriege zur Selmarbeit gekommen. In den Jahren 1922 und 1923 war der Zustrom zur Selmarbeit 56,52 Prozent. Aber auch 1925 und 1926 wurde die Zahl der abgekauften Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen, die in der Selmarbeit Unterschlupf fanden, erhöht.

Die Selmarbeit in der chemischen Industrie in Österreich wird nur von wenigen Großfirmen vergeben. Die tägliche Arbeitszeit gehört zu der längsten der Selmarbeit überhaupt. 30,44 Prozent arbeiten 11 bis 12 Stunden, 49,58 Prozent 16 und mehr Stunden täglich.

„Daß die Arbeit eine ungelernete ist, durch eine Reihe von Nebenverrichtungen — Bereiten von Klebstoff, Legen und Wenden der zu klebenden Stücke — eine gewisse Arbeitsstellung erlaubt, ermöglicht auch eine besonders weitgehende Mitarbeit der Familienmitglieder. Nur 43,51 Prozent arbeiten allein. Wo der Mann Selmarbeiter ist, hilft überall die Frau mit, aber auch wo die Frau die Selmarbeiterin ist, leben wir bei 17,33 Prozent die Mitarbeit des Mannes, ebenso oft die der Kinder, öfter auch die der Mutter und anderer Familienmitglieder.

Für eine Reihe Selmarbeitsgruppen bestehen in Österreich zur Regelung des Lohnes Zentral-Selmarbeitskommissionen (in Deutschland Fachauschüsse). Für die Selmarbeit in der chemischen Industrie gibt es keine Zentral-Selmarbeitskommission und daher auch keine gesetzlichen Mindestlöhne.

„Abereinstimmend geben die Selmarbeiterinnen der Gummimantelerzeugung an, daß im letzten Jahre der allgemein übliche Lohn von 2,50 S für einen einfachen Mantel auf 2,10 S oder gar auf 1,80 S zurückgegangen ist. Der niedrigste Stücklohn ist 1,50 S für den einfachen Mantel, der höchste 2,50 S. Die Unterschiede in der Qualität wirken dabei mit. Werden für den einfachen Herrenmantel durchschnittlich 1,90 S gezahlt, so für den mehr Arbeit erfordern Damenmantel 2,40 S, für den Mantel aus Stoff und Gummi bis zu 3,30 S, für Fregoli 4,50 S.

Die Wochenverdienste sind im Durchschnitt höher als in anderen Zweigen der Selmarbeit. Wochenlöhne unter 10 S sind in der Gummimantelerzeugung nicht festzustellen. Das trifft auch zu auf die Verarbeitung von Schweißblättern und Waschartikeln. In der Nachlichterzeugung sind allerdings niedrigere Selmarbeiterlöhne festzustellen. Nach dem Er-

hebungsbericht werden Wochenlöhne gezahlt im Durchschnitt von 21 bis 30 S, an 18,04 Prozent 31 bis 40 S. Darüber hinaus sind auch Wochenverdienste von 50, 60, 80 und 90 S genannt. In einem Falle sogar über 100 S. Diese Lohnhöhe, die ziemlich auf gleicher Stufe wie die Lohnhöhe der Betriebsarbeiter ist, manchmal sogar noch höher, darf nicht betonen. Die Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen arbeiten in der Regel acht Stunden. In der Selmarbeit wird mit Kind und Regel 14 bis 16 Stunden am Tage gearbeitet. Das ist durch die Erhebung festgestellt. Dazu kommt, daß die in der Selmarbeit beschäftigten Personen noch eine Reihe Regiekosten zu tragen haben. Der Erhebungsbericht sagt hierüber:

„Gerade die Gummimantelerzeugung belastet aber auch die Selmarbeiterin mit großen Materialkosten. Die Nähmaschine ist unentbehrlich. Werkzeuge zum Kleben, Nadeln und Zwirn müssen beigegeben werden, ferner für jeden Mantel etwa 8 Dekagramm Gummilösung, 5 Dekagramm Benzol, Ausgaben, die den Stücklohn um mindestens 80 Groschen und die Wochenlöhne wesentlich senken. Das zeigt uns besonders klar eine Aufstellung, die uns gerade von einem der Spitzenverdiener übermittlest wird. Es handelt sich hier um einen 43jährigen gelernten Schlosser, der als Maschinenmeister bis 1923 im Betrieb gefanden hat und sich nach dem Abbau der Selmarbeit zugewendet hat. Er erzielt bei der Gummimantelerzeugung einen Wochenlohn von 120 S. Allerdings arbeitet er selbst täglich 13 Stunden, seine Frau 7 bis 8 Stunden, so daß in diesem Wochenlohn schon die Entlohnung zweier Arbeitskräfte enthalten ist. Aber von diesen 120 S sind weiter abzuziehen:

für Gummilösung und Benzol . . .	20,25 S
für Zwirn . . . . .	4,41 S
für Knopflöcher . . . . .	15,50 S
für Licht und Reparatur . . . .	3,20 S
für Fahrgehd . . . . .	2,88 S
zusammen . . . . .	46,24 S

Auf 73,76 S reduziert sich demnach dieser „Spitzenverdienst“ für die mit Überstunden verbundene Arbeit zweier Arbeitskräfte! Dazu kommen noch sechs Stunden verlorene Arbeitszeit, die durch zweimaligesholen und Liefern der Arbeit verursacht werden, die einmaligen großen Ausgaben für Maschine und Werkzeuge, schließlich die Tatsache, daß die Arbeit im letzten Halbjahr allein 10 Wochen ausgefallen hat. In diesem seltenen Fall eines Selmarbeiters, der sehr genau rechnet, steht man also, daß auch dort, wo die Selmarbeiterlöhne auf den ersten Blick hoch scheinen, um so mehr Überarbeit und andere Ausgaben damit wettgemacht werden müssen.“

Die gesetzlichen Bestimmungen über Lieferbuch in der chemischen Industrie (Chemieindustrie) sind nicht im vollen Umfange durchgeführt. Nur 34,75 Prozent der beschäftigten Selmarbeiter besitzen ein Lieferungsbuch (Lohnbuch). In der Krankenversicherung ist nur ein Teil der Selmarbeiter versichert.

Der Beschäftigungsgrad ist unregelmäßig. Im zweiten Halbjahre 1928 haben nur 13,04 Prozent der Selmarbeiter keine Arbeitslosigkeit gekannt. Die übrigen waren mitunter zum Feiern gezwungen, 39,13 Prozent sogar 12 und noch mehr Wochen innerhalb der genannten Zeit.

Zum besseren Einblick in die Verhältnisse der chemischen Selmarbeiter in Wien lassen wir aus den Erhebungen einige Beispiele folgen:

„Eine 54jährige Gummimantelkleberin bewohnt mit ihrem Mann und drei Töchtern im Alter von 16, 17 und 18 Jahren Zimmer und Küche. Sowohl der Vater als die drei Töchter sind arbeitslos. Die Frau ist schon seit vier Jahren Selmarbeiterin. Die drei Töchter arbeiten mit. Sie erhält für das Kleben eines Mantels 1,60 bis 1,80 S. Alle vier zusammen verdienen wöchentlich bei guter Beschäftigung 80 bis 90 S. Davon sind aber die Kosten für Gummi, Benzol, Fahrgehd und Krankengeld abzuziehen. Wenn gute Beschäftigung ist, wird auch fünfmal in der Woche Arbeit geholt, was jedesmal 2 bis 3 Stunden Zeit kostet. Die Frau hat weder ein Lieferungsbuch erhalten, noch sind die Vergebungsbedingungen im Betrieb kundgemacht. Die ganze Familie lebt von der Selmarbeit, aber seit zwei Monaten hat die Arbeit ausgefallen.“

Eine 39jährige Erzeugerin von Waschartikeln bewohnt mit ihrem kranken Mann und einem Geschwisterkind zwei Zimmer und Küche. In das eine Zimmer ist ein Untermieter aufgenommen. Die Frau ist 1925 das Opfer einer Rationsschwindlerin geworden. Seitdem ist sie als Selmarbeiterin beschäftigt, und zwar macht sie Leinenpakete für Persil. Das Kind arbeitet mit. Sie erhält für 1000 Pakete 1,20 S. Sie arbeitet ununterbrochen und muß oft mit dem Kinde die Nacht zu Hilfe nehmen. Sie kommt in der Woche auf 18,60 S. Davon sind die Kosten des Leins, des Wases, das beim Leimkochen verbraucht wird, abzuziehen. Da sie nicht von zu Hause weg kann, zahlt sie dreimal in der Woche einen Burschen, der die Ware halt und liefert, 1 S. Sie ist im Besitze eines Lieferungsbuches und ist auch krankenversichert. Im letzten halben Jahre war sie sechs Wochen ohne Arbeit.“

Eine 33jährige Nachlichterzeugerin bewohnt mit ihrem Mann, einem 13jährigen Sohn und drei kleinen Kindern, zusammen sechs Personen, Zimmer, Kabinett und Küche. Der Mann ist Arbeiter, aber gegenwärtig arbeitslos, so daß die Familie von der Arbeitslosenunterstützung und der Selmarbeit leben muß. Die Frau arbeitet von 7 Uhr früh bis 12 Uhr nachts an der Nachlichterzeugung für eine Firma. Seit 1921 ist sie schon damit beschäftigt. Der älteste, 13jährige Sohn arbeitet mit. Dreimal in der Woche wird für 4 S Arbeit abgeliefert, so daß wöchentlich 12 S verdient werden. Beim Liefern der Ware muß oft von früh bis nachmittags gewartet werden. Die Frau hat ein Lieferungsbuch erhalten und ist krankenversichert. Im letzten halben Jahre war sie zwei Monate ohne Beschäftigung.“

S. Eiflein.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Höhr-Grenzhausen. Am 27. und 28. Juli d. J. fand in Lohn- und Kassenbericht wurde von den Delegierten genehmigt und genehmigt, daß schriftliche Berichte auch den Betriebsräten der größeren Betriebe vierteljährlich zugefickt werden sollen und gefordert, der Schulung der Betriebsräte größte Aufmerksamkeit zu widmen. Den Ausführungen des Kollegen Ofte war zu entnehmen, daß sich die Durchführung der Bewegung in fast allen Fällen sehr schwierig gestaltet und nur diszipliniertes Verhalten der Mitglieder während der Bewegung mit dazu beigetragen hat, daß Tarifverträge abgeschlossen werden konnten. Die Zusammenfassung des Arbeitgeberverbandes Westfalen aus den verschiedensten Industriearten sowie die große Zahl von Kleinbetrieben erschwerten die Durchführung ebenfalls. Die Tätigkeit der Organisationsleitung wurde anerkannt. Von den Kollegen der Opposition wurde im Gegensaß zu ihren Ausführungen nach der Aussprache eine Entschlieung eingebracht, die mit 20 gegen 7 Stimmen abgelehnt wurde. Kollege Ofte beleuchtete eingehend die Beschlüsse der Tarifkommission während der Bewegung, das Streikabstimmungsresultat sowie das Verhalten einzelner Kollegen in den Betrieben und wies nach, daß die Geschäftsführung sowie die Tarifkommissionsmitglieder bei der Durchführung der Bewegung das Interesse der Mitglieder vollumfänglich wahrgenommen haben und daß das Verhalten der revolutionären Gewerkschafts-

Opposition gewerkschaftschädigend ist und die herausgegebenen ...

Die am 27. und 28. Juli 1929 in Niederlahnstein tagende ...

Der Geschäfts- und Kassenbericht wird gutgeheißen. ...

Die während der Lohnbewegung mit dem Arbeitgeberverband ...

Die nach Abschluß der Bewegung von der revolutionären ...

Die Konferenz erkennt an, daß die Geschäftsführung einschließlich ...

Nur gegenseitiges Vertrauen wird die Erfolge auch für spätere ...

Die Vertreter der Opposition erklärten, daß sie zugeben, ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Reißerbach. Glanzstoff, hurra! Auch unser Werk ...

Frauenfragen.

Kollegin, auch du!

Ja, du mußt für die Gewinnung neuer Mitglieder im ...

Der Verbandsvorstand hat in einem „Mittlungsblatt“ ...

Bei der Agitation ist besonders darauf zu achten, ob die ...

- 1. „Vor dem Sozialistengesetz“ von Paul Kampffmeyer und ...

Es ist nicht mehr viel Zeit übrig bis zum 30. September. ...

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Die Jahrestelle Berlin unseres Verbandes hat vor einiger ...

Berufsterroristen kämpfen für Demokratie, weil sie zahlreich ...

Rundschau.

Falsche Perspektive.

Der Reichsverband der deutschen Ton- und Siegelindustriellen ...

„Aktiengesellschaften, Kartelle, Syndikate, Konzerne und der ...

Diesem Zustande dürfen die Gewerkschaften nicht tatenlos ...

Die Unternehmerverbände erkennen an, daß der Arbeiter ...

Wenn sich der Unternehmerschaft „eine gewisse ...

Kein Mensch, am allerwenigsten die organisierte Arbeiter ...

Krieg der KPD. gegen anständige Arbeiter.

Zum 11. August, dem Verfassungstage, hatte die „Rote ...

„Die KPD. hatte ihren Anhängern gesagt: Tod den Sozial ...

Das Blatt der kommunistischen Kriegseitung, die „Rote ...

„Als die Reichsbannerkameraden aus Hannover am Montag ...

Verbandsnachrichten.

Mitgliedsbuch gestohlen.

Dem Kollegen Paul Reich, Jahrestelle Ratibor, wurde sein ...

Die Jahrestelle Essen (Ruhr)

sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen ...

Bekanntmachung.

Den Bewerber um die Stellung eines Hilfsarbeiters in der ...

## Chemische Industrie

### Werkwohnungen und Explosionen.

#### Eine sehr böse Sache.

Wir haben im „Proletarier“ Nr. 32 vom 10. August d. J. das große Explosionsunglück in der Sauerstofffabrik Vorsigwalde besprochen. Es wird in Erinnerung sein, daß bei diesem Unglück die Fabrikgebäude vernichtet und eine Anzahl Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. Es wird ferner in Erinnerung sein, daß wir damals im „Proletarier“ darauf hingewiesen haben, daß von Unternehmerseite anlässlich einer Beratung über die Gefährlichkeit der Herstellung und Lagerung von Sauerstoff jede besondere Gefahr in Abrede gestellt wurde. Nun sind wir durch Zufall in Besitz des folgenden Schreibens gelangt:

Gesellschaft für Lindes Eismaschinen, A.-G., Hölriegelskreuth.  
Hölriegelskreuth, den 3. August 1929.  
Herrn  
folgt Name  
folgt Ort.

Betr.: Werkwohnungen-Feuerversicherung.

„Anlässlich der Zerstörung unseres Werkes Fabrik komprimierter Gase in Vorsigwalde infolge Brand machen wir die Inhaber unserer Werkwohnungen darauf aufmerksam, daß uns für Beschädigung ihres Privateigentums durch Ursachen irgendwelcher Art keinerlei Haftung trifft.

Jeder Wohnungsinhaber hat für den Schutz seines Privateigentums selbst zu sorgen.

Gesellschaft für Lindes Eismaschinen, A.-G.,  
Dr. F. Linde.“

Aus diesem Schreiben spricht die Furcht der Unternehmer, daß weitere solche Unglücksfälle eintreten können. Diese Ansicht steht im scharfen Gegensatz zu den Ausführungen bei der oben erwähnten Aussprache. Damals handelte es sich um eine die Unternehmer finanziell überhaupt nicht berührende Angelegenheit, nämlich um die Genehmigungspflicht neu zu errichtender Betriebe zum Schutze der Anwohner. Wenn die Angaben der Unternehmer schon nach aller kürzester Zeit durch das bedauerliche schwere Unglück widerlegt wurden und aus dem oben veröffentlichten Schreiben, das wahrscheinlich an alle Inhaber von Werkwohnungen aller Werke der Gesellschaft für Lindes Eismaschinen, die mit der J.-G. Farbenindustrie verbunden ist, gerichtet war, so kann daraus der Wert der Angaben der Unternehmer in bezug auf Arbeiter- und Anliegerschutz ermessen werden.

Wenn alle in der chemischen Industrie möglichen Gefahren wirksam würden, gäbe es heute keine chemische Industrie und keine Chemiearbeiter mehr. Wir wissen sehr wohl, daß bestimmte Zufälligkeiten bei der Auslösung der Gefahr mitspielen. Wir erkennen auch an, daß die chemische Großindustrie sehr vieles zur Abwendung solcher Gefahren getan hat und noch tut, und schätzen die Gesetze und Verordnungen zum Schutze der Arbeiter und Anlieger richtig ein.

Wir wehren uns aber ganz entschieden gegen die von den Unternehmern vertretene Ansicht, daß die chemische Industrie besondere Gefahren für die Arbeiter und Anwohner nicht in sich bergen soll. Die fortgesetzten Unglücksfälle beweisen das Gegenteil.

Wenn in diesem Falle die Gesellschaft für Lindes Eismaschinen ihre Arbeiter, die in Werkwohnungen untergebracht sind, veranlassen will, daß sie für den notwendigen Schutz ihrer Wohnung und Wohnungseinrichtungen selbst sorgen sollen, so spricht aus dieser Anweisung nicht nur die Furcht, daß solche Unglücksfälle wie in Vorsigwalde wieder eintreten können, sondern auch die Absicht der Gesellschaft, sich unter allen Umständen vom Schadenersatz freizuhalten, der aus ihrer Produktion entspringen kann.

Wir wollen aber auch die Schlussfolgerungen aus diesem Schreiben ziehen. Die Unternehmer wollen die Werkwohnungen als Wohlfahrts-Einrichtungen angesprochen wissen, die sie den Arbeitern freiwillig leisten. Es ist heute kein Geheimnis mehr, daß die Werkwohnungen für die Unternehmer mehr den Charakter von Wohlfahrts-Einrichtungen tragen als für die Arbeiter. Wird es doch den Unternehmern häufig erst durch Werkwohnungen möglich, Arbeitskräfte für ihre Betriebe heranzuziehen. Außerdem bringen die Werkwohnungen die Arbeiter (auch heute noch) in ein Abhängigkeitsverhältnis vom Unternehmer, indem die Arbeiter die Arbeitsstelle nicht ohne Verlust ihrer Wohnung aufgeben können. Wird, wie im vorliegenden Falle, den Arbeitern dann noch vom Unternehmer mitgeteilt, daß die Benutzung der Werkwohnungen mit außerordentlichen Gefahren verbunden ist, die sich aus der Produktionsstätte ergeben, und wird ihnen dann zum Überdruß noch mitgeteilt, daß sie für den evtl. entstehenden Schaden durch die Gefährlichkeit des Betriebes selbst aufzukommen haben oder sich selbst in irgendeiner Form dagegen versichern müssen, so sind wir schon berechtigt, solche Maßnahmen der Unternehmer als eine sehr, sehr böse Sache zu bezeichnen. Wir haben noch niemals die Ansicht vertreten, daß durch unvorhergesehene oder unvermeidliche Unglücksfälle in der chemischen Industrie der Unternehmer in einem Ausmaß haftbar gemacht werden soll, daß seine wirtschaftliche Existenz dadurch gefährdet wird. Wir können aber mit Fug und Recht verlangen, daß gefährliche chemische Betriebe außerhalb bewohnter Gegenden errichtet werden sollen und daß, soweit durch Unglücksfälle das Eigentum der Werksangehörigen gefährdet wird, die Unternehmer zum Schadenersatz verpflichtet werden müssen. Ob sie die Abgeltung gegebenenfalls in barer Münze vornehmen oder durch eigene Versicherung decken wollen, bleibt ihre Sache. Wenn heute dazu die gesetzliche Pflicht noch nicht besteht, wird ihnen die moralische Verpflichtung dazu niemand abnehmen wollen.

G. Haupt.

### Bericht des Enquete-Ausschusses über die deutsche Kaliindustrie.

Die Auswirkungen der Sozialisierungsgesetzgebung vom Jahre 1919 werden erst jetzt der Öffentlichkeit durch einen Bericht des Enquete-Ausschusses über „Die deutsche Kaliindustrie“ (verlegt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin) bekannt. Als Ergebnis kann zweifellos für die Industrie ein großer Erfolg gebucht werden, während bei den Arbeitern die mit der Rationalisierung verbundenen Härten noch nicht überwunden sind.

Der Erfolg für die Industrie tritt dadurch auffällig in Erscheinung, daß an Stelle der früheren vielen kleinen Kaliwerke heute große leistungsfähige Werke mit guten technischen Einrichtungen sowohl im Bergbau als im Fabrikbetrieb vorhanden sind. Seit dem Jahre 1921 hat sich die durchschnittliche Förderleistung des einzelnen Werkes vervierfacht, während die durchschnittliche jährliche Leistung einer Fabrik heute annähernd das Fünffache beträgt. Nach einem Untersuchungsergebnis der Kaliprüfungskommission aus dem Jahre 1928 können die jetzt im Betrieb befindlichen Werke eine Jahresproduktion von 15,6 Millionen Doppelzentner Reinkali bewältigen. Demnach ist die Produktionskapazität im Jahre 1928 zu rund 90 Prozent ausgenutzt worden.

Von den insgesamt geförderten Rohsalzen hat sich seit dem Jahre 1921 der Fabrikationsanteil nahezu verdoppelt. Gleich-

den aus den gesetzlichen Bestimmungen sich automatisch ergebenden Änderungen für jetzt und geraume Zeit verlängert werde.

Der Ausschuss ist ferner der Auffassung, daß die den Händlern gewährten Rabatte gegenüber der Vorkriegszeit eine außerordentliche Höhe erreicht haben. In Anbetracht des Umstandes, daß innerhalb der eigentlichen Erzeugung von Kali beachtliche Ersparnisse kaum mehr zu erwarten sind, verlangt die Frage um so mehr Bedeutung, inwieweit durch Maßnahmen in der Absatzorganisation und eine entsprechende Umgestaltung der Gesamtorganisation der Kaliindustrie Ersparnisse erzielt werden können. Die Gesamtorganisation der Kaliindustrie wird vom Ausschuss als bedeutungslos bezeichnet. Der Abschluß der Auslandsanleihe und die Bindung des Absatzes durch die Abmachungen mit der französischen Kaliindustrie sind als Maßnahmen des Kalisyndikats oder der Kaliunternehmungen betrachtet und durchgeführt worden. Dem Reichskalirat wurde lediglich davon Bericht gegeben. In bezug auf die Preispolitik hat der Ausschuss die Auffassung, daß der Reichskalirat nicht in vollem Umfange seine Funktionen erfüllt habe. Er habe vielmehr oft die Verantwortung dem Reichswirtschaftsminister überlassen. Dieses Ergebnis erscheint dem Ausschuss weniger im Sinne der Sozialisierungsgesetze, noch im Sinne des wirtschafts-demokratischen Gedankens erstrebenswert.

Damit hat der Enqueteausschuss seine Untersuchungen über die deutsche Kaliindustrie beendet. Es ist in dem Bericht viel brauchbares Material zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der deutschen Kaliindustrie zusammengestellt. Die Mängel, auf welche in der Gesamtorganisation in der Kaliwirtschaft und dergleichen hingewiesen wird, sind unseres Erachtens auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zurückzuführen. Eine Änderung in dieser Beziehung kann nur durch eine Änderung des Kaliwirtschaftsgesetzes herbeigeführt werden.

### „Der Arzt im Lebenskreise“ von Dr. S. Gerbis.

Die Universität Leipzig läßt im Institut für Geschichte der Medizin laufend Vorträge halten. Eine Vortragsreihe benannt sich „Der Arzt und der Staat“. In diesem Vortragszyklus hat Gewerbemedizinalrat Dr. Gerbis (Berlin) einen Vortrag „Der Arzt im Lebenskreise“ gehalten, der uns in Sonderdruck vorliegt und verdient, weiteren Kreisen bekannt zu werden. Dr. Gerbis stützt sich auf die Ergebnisse der letzten Betriebszählung und begründet die Berechtigung seines Themas damit, daß die erwerbstätigen Personen in Deutschland den größten Teil der Bevölkerung darstellen und sich seit der vorhergegangenen Gewerbezahlung 1907 bis zum Jahre 1925 von 3,3 Millionen auf 4,5 Millionen vermehrt haben, wobei die Zahl der Männer um 25 Prozent, die der erwerbstätigen Frauen um 39,1 Prozent gestiegen ist. Dier gibt er einen historischen Überblick über die Lage der Arbeiter in werdenden Industriestaaten, kommt auf das Kinderelend der industriellen Frühzeit zu sprechen, zeigt, wie das Handwerk durch die Industrie zugrunde gerichtet wird, wie der Arbeitersehnsucht langsam Fuß faßt und sich durchringt, und spricht aus, daß zur Fortentwicklung des Arbeiterschutzes die gewaltige Kraft des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses der Arbeiter wirksam wurde. Er unterstreicht auch, daß, solange die Industrie Arbeitskräfte zusammenzog, die vom Lande zufließenden Arbeiter in der Unterbietung im Lohn das einzige Mittel erblickten, um Arbeit zu erhalten, wodurch die Lage der Arbeiter gekennzeichnet ist.

Die Ausführungen bieten dem eingeweihten Gewerkschaftler und Volkswirt nicht allzuviel Neues. Bemerkenswert ist aber, daß dieser Vortrag vor Medizinern gehalten wurde, die mit diesen Fragen im allgemeinen nicht vertraut sind. Auch wurde die Zwecksetzung des Vortrages deutlich umschrieben, indem der Vortragende ausführte, daß die neuen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter auf gewerbehygienischem Gebiet gewerbehygienische Kenntnisse in weitesten Ärztekreisen voraussetzen und daß die behandelnden Ärzte auch die soziale Lage der Arbeiter, die sie betreuen sollen, kennen müssen. Aus dem sozialen Milieu heraus läßt sich die Einstellung der Arbeiter zum alten und zum neuen Staat in Deutschland beurteilen. Die Hausfrau und Mutter von heute ist dreifach belastet durch Gattungsdienst, Hausfrauenpflicht und Lohnarbeit. Sie geht häufig auf Proletariat in die Fabrik, während der Mann selbst erwerbslos ist.

Die Erwerbslosigkeit selbst drückt auf den Arbeiter, auch wenn er unter den heutigen Verhältnissen Arbeitslosenunterstützung bezieht. Dr. Gerbis sagt, daß Arbeitslosigkeit zum sittlichen, besser gesagt, seelischen Verfall führt, weil das Gefühl des Festen, des Verwurzelten, das Gefühl der Geltung, des Erfülltheits verloren geht. Ich kenne viele Arbeiter, die auch jetzt, wo sie Erwerbslosenunterstützung beziehen, die Zeit der Arbeitslosigkeit als böseste Zeit mit Schaudern empfinden. Der Ausdruck der Arbeiterpresse, der die Entlassungen „Aufspalter-Werfen“ bezeichnet, gibt mit der Trefflichkeit des Volksmundes die bittere Empfindung des Entlassenen wieder, die dem Gefühl der Entwurzelung, Wehrlosigkeit, Hilfslosigkeit entspringt. Und in bezug auf die Lohnhöhe sagt er, daß die Arbeit nicht nur Lebensunterhalt geben, sondern darüber hinaus Lebensinhalt werden soll. Er kennzeichnet auch sehr gut das Abhängigkeitsverhältnis des Arbeiters, indem er ausspricht, daß die Beziehungen zwischen Betriebsleitung und Arbeiterchaft gut sein können, der Finanzmann, der Bankier jedoch als Kapitalinhaber Persönlichkeitswert nicht gelten lassen kann, weil er nur mit Profit zu rechnen hat. Auch über die angebliche Alkoholsucht der Arbeiter äußert sich Dr. Gerbis richtig, indem er darauf hinweist, daß die am schlechtesten entlohnten Arbeiter große Teile ihres Einkommens für Alkohol ausgeben, während der besser entlohnte Arbeiter, namentlich wenn neben der besseren Entlohnung auch eine

## Männer und Frauen gegen den Krieg.

Die lebende Generation hat die größte Kulturwidrigkeit erleben müssen, den Krieg. Ob sie sich an uns oder unseren Kindern wiederholt, hängt von der Stärke unseres gemeinsamen Gegenwillens ab. Sehnsüchtig und aufnahmebereit für Freiheit und Glück, befeelt vom Kampfesmut für die edelsten Güter der Menschheit, stehen die klassenbewußten Arbeiter der Welt, Männer und Frauen, zusammen.

Marie Juchacz („Maitag und Kultur“).

zeitig hat die Gewinnung von Nebenprodukten eine größere Bedeutung erlangt. Während sich die Förderleistung im Bergbau und die Herstellungsleistung im Fabrikbetrieb seit dem Jahre 1924 verdoppelt haben, ist gleichzeitig eine erhebliche Senkung des Lohnanteils zu verzeichnen. Damit zeigt sich deutlich, daß die Lohnerhöhungen die Kalipreise nicht beeinflusst haben. Die im Jahre 1928 insgesamt ausgezahlte Lohnsumme geht nur wenig über den Betrag des Jahres 1913 hinaus. Dagegen ist der Anteil des Reinüberschusses am Bruttoerlöspreis, nachdem angeblich im Jahre 1926 noch ein Verlust zu verzeichnen war, im Jahre 1928 ganz wesentlich gestiegen.

Durch die Vergütungen an die Abnehmer (Verteiler- und Mengentrabatte) sowie Propaganda- einschl. der Verwaltungskosten und Umsatzsteuer liegen die Nettoerlösepreise 23 Prozent unter den gesetzlichen Kalipreisen.

Nach der Stilllegungsverordnung hat die Konzentration dahin geführt, daß gegenüber 30 Werksgruppen im Jahre 1920 gegen Ende des Jahres 1928 nur noch 9 Werksgruppen vorhanden waren, von denen aber Mansfeld-Einigigkeit nicht mehr arbeitet. Seit dem 1. Januar 1929 ist die Gruppierung in der Kaliindustrie mit ihren Syndikatsquoten folgende:

Konzerne	Anteil am Syndikat
1. Wintershall	385,7804 Tausendstel
2. Salzdelfurth-Uscherleben-Westeregeln	216,5850 "
3. Burbach-Gumpel	167,7667 "
4. Preuß. Bergwerks- u. Hütten-A.-G.	59,4514 "
5. Mansfeld-Einigigkeit	51,1349 "
6. Kalichemie A.-G.	39,5396 "
7. Anhaltische Salzwerke	31,1775 "
8. Dr.-W.-Sauer-Werke	25,1368 "
9. Deutsche Solvaywerke	22,1929 "

Insgesamt 998,7652 Tausendstel

Die restlichen Quoten sind vom Kalisyndikat übernommen. Bemerkenswert werden muß zu dieser Aufstellung noch, daß die Wintershall-Gruppe durch den Eintritt von Generaldirektor Rosterg Einfluß auf die Dr.-W.-Sauer-Gruppe gewonnen hat. Man wird also in nicht allzu ferner Zukunft die Quote der Sauerwerke der Wintershall-Gruppe zurechnen müssen.

Nach den Untersuchungen des Enquete-Ausschusses ist die Zahl der Arbeiter von 30 932 im Jahre 1913 und 26 893 im Jahre 1924 auf 21 489 im Jahre 1928 zurückgegangen. Dagegen ist der Gesamtabsatz von 8,4 Millionen Doppelzentner Reinkali im Jahre 1924 auf 14,2 Millionen Doppelzentner im Jahre 1928 gestiegen. Der Durchschnittslohn je Mann und Schicht ist von 4,66 Mk. im Jahre 1924 auf 7,53 Mk. im Jahre 1928 gestiegen. Die am 1. Februar 1929 in Kraft getretene durchschnittliche Lohnerhöhung von etwa 8 Prozent ist hierbei noch nicht berücksichtigt.

Aber die rechtlichen Voraussetzungen künftiger Produktionsentwicklung haben die Sachverständigen vor dem Ausschuss übereinstimmend den Standpunkt vertreten, daß eine Neueinschätzung der Kaliwerke weder erforderlich noch wünschenswert sei. Der wirtschaftliche Erfolg derartiger erheblicher Kapitalinvestitionen könne in keinem Verhältnis zum Aufwand stehen; es sei sogar zu befürchten, daß der Erfolg der Stilllegungen hierdurch vernichtet werde. Der Enqueteausschuss spricht daher die Empfehlung aus, daß eine Änderung der geltenden Gesetzgebung dahingehend vorgenommen wird, daß die jetzt gültigen Beteiligungszahlen mit

Arbeitsverleicherung anzutreffen ist, sehr bald vom Alkoholgenuss zurückkommt.

Im weiteren Verlauf werden die Berufsgefahren durch Maschinen, durch Staub, Gifte, feuchte Luft usw. in Arbeitsräumen dargelegt und darauf hingewiesen, daß zur Beseitigung dieser Mängel Mediziner, Techniker und Volkswirte berufen sind.

Die kleine Schrift bietet auf 32 Seiten des Wissenswerten so viel, daß wir ihr weiteste Verbreitung in gewerkschaftlichen Kreisen wünschen.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gummiarbeiter in Italien.

In Italien ist die Gummiindustrie fast ausschließlich in Turin und in Mailand vertreten.

Die Gummiarbeiter von Turin hatten bis jetzt noch keinen Vertrag, wodurch die gegenseitigen Pflichten und Rechte der Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgelegt waren, sondern alles ging ganz wild vor sich hin.

Im Monat Juli d. J. gelang es ihnen, einen Arbeitsvertrag zu vereinbaren, dessen Hauptpunkte wir hier wiedergeben, damit unsere Mitglieder aus der Gummiindustrie imstande sind, Vergleiche anzustellen:

1. Die Einstellung der Arbeiter muß durch den öffentlichen Arbeitsnachweis geschehen, und die Arbeiter müssen sich vor der Aufnahme einer ärztlichen Untersuchung unterziehen.

2. Die ersten acht Tage sind als Probezeit zu betrachten, während deren das Arbeitsverhältnis zu jeder Zeit von beiden Seiten gelöst werden kann.

3. Die Arbeitszeit ist eine achtstündige pro Tag. Sonn- und Feiertage ausgenommen.

4. Die Arbeiter, die seit einem Jahre oder mehr in ein und derselben Fabrik tätig sind, haben Anrecht auf sechs bezahlte Werkstage als Ferien pro Jahr; auch haben sie das Recht, in die Fabrikkrankenkasse eingeschrieben zu werden.

5. Tagelöhne:

- a) Gelehrte Arbeiter der verschiedenen Berufe (Mechaniker, Elektriker, Maurer, Tischler usw.) 28,00 Lire = 6,22 RM.
b) Qualifizierte Gummiarbeiter 21,60 Lire = 4,80 RM.
c) Gewöhnliche Arbeiter 18,80 Lire = 4,18 RM.
d) Handlanger 17,60 Lire = 3,91 RM.
e) Burschen unter 16 Jahren 8,40 Lire = 1,87 RM.
f) Lehrlinge von 16 bis 18 Jahren 12,00 Lire = 2,67 RM.
g) Frauen von 14 bis 16 Jahren 8,40 Lire = 1,87 RM.
h) Frauen von 16 bis 18 Jahren 10,40 Lire = 2,30 RM.
i) Frauen über 18 Jahre 12,40 Lire = 2,75 RM.

Dieser Vertrag ist am 1. August 1929 in Kraft getreten und hat für ein Jahr Gültigkeit.

Aus der Gummiindustrie.

Konkurrenz zwischen dem Gummiwerk und der Harburger Phoenix-A.G.

Die Harburger Gummiwarenfabrik Phoenix, A.G., hat es beim Zusammenstoß des deutschen Gummiwerkes unter Führung von Continental Hannover verstanden, sich der Erfassung durch den Trust zu entziehen. Die Firma hat diese Selbstständigkeit leithen auf Grund ihrer günstigen finanziellen Entwicklung behaupten können, jedoch ist auch an ihr die Folge des Zusammenstoßes nicht unbeachtet vorübergegangen.

Der Ankauf des Unternehmens soll bei einem arbeitenden Kapital von 9,9 Millionen Mark (darunter 2,7 Millionen Mark Aktienkapital) 35 Millionen Mark betragen haben.

Einen energischen Schritt hat die Firma bei den Abschreibungen vollzogen. Die durchweg modernen Werkzeuge und Betriebsmaschinen wurden auf eine Mark abgeschrieben.

Bei Betrachtung der Bilanz der Firma fällt vor allem die Änderung ihrer Bilanzmethode auf. Während im Vorjahre in dem Reingehalt von 722 000 Mark die Ertragsabschreibungen enthalten waren, ist dieses in der diesjährigen Bilanz nicht der Fall.

Fusion Titan-Gummiwerke - Continental-Caoutchouc genehmigt.

Die bereits vor einiger Zeit mitgeteilte Fusionierung der Titan-Gummiwerke in Waltershausen ist nunmehr endgültig vollzogen worden. Die außerordentliche Generalversammlung der Titan-Gummiwerke, A.-G., B. Polack in Waltershausen genehmigte die Verschmelzung mit dem Continental-Gummiwerken in Hannover.

Aus dem Geschäftsbericht

der Deutschen Dunlop-Gummi-Comp., A.-G., Hanau.

Der Bericht des genannten Unternehmens ist sehr vorzüglich ausgemacht. Bekanntlich handelt es sich um die deutsche Tochtergesellschaft der englischen Dunlop Rubber Co. Ltd. in Birmingham.

Die Bilanz weist einen Geschäftsergebnis für das Jahr 1928 von 1 011 717 Mark gegenüber 2 098 646 Mark im Vorjahre aus. Der Geschäftsergebnis wäre demnach im Endergebnis um beinahe mehr als die Hälfte gesunken. Auch das Konto Abschreibungen ist reduziert worden.

Aus der Bilanz läßt sich der Schluß ziehen, daß wesentliche Mittel zum inneren Ausbau des Unternehmens verwandt wurden. Auch dieses Unternehmen gehört dem deutschen Gummitrust nicht an.

Die Erweiterung der Gummi-Fusion steht bevor.

Die Mittelland-Gummiwerke-A.G., Hannover, die mit einem Aktienkapital von 2 Millionen Mark arbeitet, ist in Schwierigkeiten geraten. Bereits das Geschäftsjahr 1927 schloß mit einem Verlust von 470 000 Mark ab.

Aus der chemischen Industrie Sowjetrusslands.

Interessante Einzelheiten über die chemische Industrie Sowjetrusslands erfährt man aus dem Industrieplan für 1928/29, den das Journal der chemischen Industrie "Moskau" veröffentlicht.

Der Röhricht Chemietrust (Sewerodzin) soll erzeugen: Schwefelsäure 78 000 Tonnen, Salzsäure 14 900 Tonnen, Salpetersäure 4300 Tonnen, Kaliumsulphat 65 000 Tonnen, Magnatron 185 000 Tonnen, Ammoniak 4070 Tonnen, Sulfat 9070 Tonnen, Schwefelnatrium 3900 Tonn, Chlorbarium 540 Tonnen, Chromsulphat 4600 Tonnen, Aluminiumsulfat 1575 Tonnen, Kupferdioxid 1000 Tonnen, Superphosphat 127 000 Tonnen, Ammoniumsulfat 500 Tonnen, Phosphorsäure 24 000 Tonnen.

Das Produktionsprogramm erhöht sich für den Trust im Vergleich zum Vorjahr im Durchschnitt um etwa 40 Prozent, die Selbstkosten sollen um 9,3 Prozent, die Verkaufspreise um 5 Prozent gesenkt werden.

Der Trust Koksbenzol soll 101 200 Tonnen Teer, Kohbenzol (50 Prozent) 24 640 Tonnen, Ammoniakwasser (100 Prozent) 8800 Tonnen, Ammoniumsulfat 16 000 Tonnen, Nitrobenzol 2200 Tonnen, Ammoniumsulfat 1815 Tonnen, Salzsäure 900 Tonnen, Natriumsulfat 985 Tonnen, Kaliumsulfat 645 Tonnen erzeugen.

Die Gesamtproduktion würde sich im Vergleich zum Vorjahr um etwa 40 Prozent, die Produktion zum Verkauf um etwa 30 Prozent erhöhen. Die Selbstkosten sollen um 11 Prozent, die Verkaufspreise um 3,6 Prozent gesenkt werden.

Dem Amtrust schreibt der Industrieplan folgende Produktionsmengen vor: Schwefelsäure in Pflaste 5100 Tonnen, Lsg- und andere Farbstoffe 4043 Tonnen, Nitrofin 250 Tonnen, Zwischenprodukte 270 Tonnen.

Die Gesamtproduktion erhöht sich um 27 Prozent, die Produktion zum Verkauf um 14 Prozent. Die Selbstkosten sollen um 8,7 Prozent, die Verkaufspreise um 5,3 Prozent gesenkt werden.

Die Kosmedtorprom hat im laufenden Jahre herzustellen: chemische Präparate 4154 Tonnen, galenische Präparate 1292 Tonnen, sonstige Präparate 218 Tonnen, fertige Mittel 2 769 000 Stück, chemisch-technische Präparate 2 153 000 Dutzend.

Die Produktion erhöht sich danach um 18 Prozent. Die Selbstkosten sollen um 6,3 Prozent, die Arbeiterlohn um 3 Prozent herabgesetzt, der Arbeitslohn dagegen um 3 Prozent, die Arbeitsleistung eines Arbeiters um 22 Prozent erhöht werden.

Interessant sind die Ausschlässe, die wir über die Produktionsgestaltung der chemischen Industrie Russlands erhalten. So wird durchweg eine ganz enorme Steigerung der Produktionsleistung angestrebt, die teilweise bis zu 40 Prozent beträgt.

land glänzt, beweist uns ebenfalls eine Schilderung aus der russischen Zündholz-Industrie, über die die russische Wirtschaftszeitung "Kon. Schijn" berichtet. Es handelt sich hier um amtliche Untersuchungen der Sowjetbehörden, die verschiedentlich in der Zündholz-Industrie stattgefunden haben.

Die für die Zündholz-Industrie vorgeschriebenen Normen würden nicht beachtet. Laut Verordnung des Normungskomitees soll eine Schachtel nicht weniger als 55 Zündhölzer enthalten; der Kopf soll birnenförmige Form haben; das Zündholz selbst soll glatt, poliert, ungefärbt und mit einem Stoff getränkt sein, der das Glimmen verhindert.

Das Normungskomitee hat, wie das zitierte Blatt weiter schreibt, bei der Herausgabe dieser Verordnung sich ansehend nicht klargemacht, welche Möglichkeiten zur Durchführung der Normen bestehen. Fast auf keiner einzigen der russischen Zündholzfabriken sind Vorrichtungen zur Paraffinierung und zur Imprägnierung vorhanden.

Jur Zeit werden die Normen fast nirgends beachtet. Von 80 Mustern verschiedener Zündholzschachteln, die im Normungskomitee geprüft wurden, entsprachen nur vier den Vorschriften.

In der Fabrik "Wolna Revoluziji" (Revolutionswelle) in Brjansk nimmt die Produktion von Ausschußware immer mehr zu. Monatlich gehen bis 700 Kubikmeter Epenholz, mehr als 3000 Kisten mit Schachteln und bis 1300 Kisten an übrigen Holzfabrikaten verloren. 35 000 Schachteln Zündhölzer verbrennen monatlich. Viel Zeit wird durch Ansehen der Arbeiter nach dem Material verschwendet. Im ganzen gehen 80 Arbeitsstunden täglich verloren. Die Arbeitsdisziplin in der Fabrik hat stark nachgelassen.

Wenn man dabei in Betracht zieht, daß die russische Zündholzindustrie durch ihre Exportlieferungen nach Deutschland in der letzten Zeit viel von sich reden machte, namentlich über den Preis, zu dem sie lieferte, so muß sich jeder volkswirtschaftlich einsichtige Mensch fragen, daß von Rentabilität der Betriebe, und rentabel sollte ein Staatsunternehmen doch unbedingt sein, nicht die Rede sein kann. Diese Beispiele beweisen uns, daß die Organisation in der russischen Volkswirtschaft noch viel zu wünschen übrig läßt.

Papier-Industrie

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Papierindustrie.

Die deutsche Papiererzeugungs-Industrie steht innerhalb der europäischen Papiererzeugungs-Industrie hinsichtlich ihrer Produktionsfähigkeit an erster Stelle. Daraus ergibt sich ohne weiteres ihre Bedeutung für den Weltmarkt, um so mehr, als die deutsche Papiererzeugungs-Industrie gezwungen ist, mindestens 25-30 Prozent ihrer Produktion auf dem Weltmarkte abzusetzen.

Die Weltzeugung in der Papiererzeugungs-Industrie.

Dem Zentralausschuß der deutschen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie ist es durch Umfrage gelungen, die Weltproduktion für 1927 statistisch zu ermitteln. Die Ermittlungen stützen sich auf eine Umfrage in allen in Betracht kommenden Ländern, wobei nur ganz wenige Staaten nicht berichtet haben, deren Produktionsergebnis dann vorsichtig geschätzt wurde.

Table with 3 columns: Produktion an, Weltproduktion in Tonnen, Davon in Deutschland. Rows include Papier, Papp, Zellstoff, Holzstoff, and Insgesamt.

Der Anteil der deutschen Produktion an der Weltproduktion betrug demnach rund 17 Prozent.

Die Weltproduktion an Zeitungsdrukpapier im Jahre 1928.

Einen weiteren Maßstab für die Leistungsfähigkeit der deutschen Papiererzeugungs-Industrie ergibt der Anteil der deutschen Erzeugung an Zeitungsdrukpapier an der Gesamtproduktion von Zeitungsdrukpapier auf dem Weltmarkte.

Seit Jahren veröffentlicht die kanadische Fachzeitschrift "Pulp and Paper Magazine" Zusammenstellungen über die Weltproduktion für Zeitungsdrukpapier, die allerdings teilweise auf Schätzungen beruhen. Für das Jahr 1928 ergeben sich folgende Produktionszahlen:

Table with 2 columns: Staaten, Jahresproduktion in Tonnen & 907 Allogramm. Rows include Kanada, Vereinigte Staaten, Großbritannien, Deutschland, Schweden, Japan, Neuseeland, Finnland, Norwegen, Frankreich, and Alle übrigen Staaten.

Die deutsche Papierfabrikation ist demnach mit rund 9 Prozent an der Weltzeugung von Drukpapier im Jahre 1928 beteiligt gewesen.

Die Weltproduktion an Zeitungsdraupapier ist nach diesen Statistiken der kanadischen Fachzeitschrift von 5.582.000 Tonnen im Jahre 1916 auf 8.314.000 Tonnen im Jahre 1927, auf 6.500.000 Tonnen im Jahre 1928 gestiegen und hat infolgedessen innerhalb der letzten beiden Produktionsjahre um nahezu 1.000.000 Tonnen zugenommen. Die namentlich aufgeführten Staaten produzieren 90 Prozent der Weltproduktion. Während Kanada über 90 Prozent seiner Produktion ausführt, beträgt die Zeitungsdraupapier-Ausfuhr der skandinavischen Staaten rund 85 Prozent und in Deutschland 25-30 Prozent.

**Die jährliche Produktionskapazität.**

Nach Heino Castorf, veröffentlicht im „Wochenblatt für Papierfabrikation“, Nr. 23A, Jahrgang 1928, wurde von berufener Seite, womit wahrscheinlich der Zentralausschuß für die deutsche Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffproduktion gemeint ist, die Produktionskapazität der deutschen Papierfabrikation am 1. April 1928 auf 2.431.000 Tonnen geschätzt. Auch Castorf ist der Auffassung, daß diese Produktionskapazität durch Aufstellung neuer und leistungsfähiger Papiermaschinen bereits als überholt angesehen werden kann. Unter Zugrundelegung dieser Leistungsschätzung wurde die Produktion der deutschen Papierfabrikation im Jahre 1928 nur zu 88 Prozent ausgenutzt, so daß immer noch 14 Prozent mehr Papier hätten erzeugt werden können, wenn nicht Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt dieses verhindert hätten. Da im Jahre 1928 16 Prozent der Produktion zur Ausfuhr gelangten, so hätte, um die jährliche Produktionskapazität der deutschen Papierfabriken auszunutzen zu können, eine Gesamtausfuhr von rund 30 Prozent der deutschen Papierproduktion stattfinden müssen. Daß diese unvollständige Ausnutzung der Produktionskapazität verfeuert auf die Herstellungskosten wirkt, bedarf kaum noch einer Begründung. Kennzeichnend ist dieser Übelstand aber für die zur Zeit immer noch von der deutschen Papiererzeugungs-Industrie planlos vorgenommenen Rationalisierungsmaßnahmen, unter denen auch die Arbeiterkraft ganz empfindlich zu leiden hat. Anstatt nun die eigenen Ständen einzusehen und die Rationalisierung der deutschen Papiererzeugungs-Industrie nur auf ein erträgliches Maß zu bringen, wird von den Unternehmern und den Unternehmerverbänden die Schuldfrage auf die Arbeiterkraft abgelenkt, indem immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, die angeblich hohen Löhne der Papierarbeiter seien nicht nur an der Unrentabilität einzelner Werke, sondern vor allen Dingen auch an dem Rückgang der Ausfuhr schuld. Die Erfahrungen in der amerikanischen Industrie beweisen das genaue Gegenteil, so daß mit Recht auf der Genfer Wirtschaftskonferenz der Amerikaner Henry M. Robinson die Behauptung aufstellen konnte: „Hohe Löhne haben uns Amerikaner reich gemacht!“

**Kommunistische Praxis.**

Am 21. Juli tagte in Lüttich eine Konferenz für die ostpreussische Papier- und Zellstoffarbeiter. Zweck der Konferenz war, zur Kündigung des Bezirkslohnvertrages Stellung zu nehmen und die neuen Lohnforderungen zu normieren. Das ist geschehen. Am Abend vorher hatte der Moskauer Seelenhirte Schubert, berufstätig als Landtagsabgeordneter, seine Parteilinglinge zu einer Stammenkunft geladen, um mit diesen, da der Mann ja gegen jede strafrechtliche Verfolgung immun ist, einen neuen Verleumdungslehrgang gegen unseren Verband einzuleiten. Man nennt dieses arbeiterschädigende Verhalten nach kommunistischer Ideologie Kapitalistenbekämpfung. Das Ergebnis dieser Konferenz gläubiger Stalinisten war ein Antrag, durch den der Hauptvorstand unseres Verbandes verleumdet werden sollte, der aber in Wirklichkeit eine Verhöhnung der Beschlüsse der Leipziger Papierarbeiterkonferenz ist, die nur durch Kollegen aus dem Arbeiterverhältnis, unter vollkommener Stimmenshaltung sämtlicher im Verbande angelegten Gewerkschaftsfunktionäre, gefaßt wurden. Diese Tatsache war mindestens den beiden Mitunterzeichnern Dombrowski (Königsberg) und Stangenberg (Ragnitz) bekannt, da diese beiden die ostpreussische Papierarbeiterchaft auf der Leipziger Konferenz vertraten. Wenn sie trotzdem die wahrheitswidrigen Behauptungen in dem Antrage, der der Bezirkskonferenz in Lüttich vorlag, mitunterzeichneten, so spricht das für deren Charakteranlage.

In der Lütticher Bezirkskonferenz wurde der wirkliche Sachverhalt klargestellt. Dombrowski und Stangenberg wagten diese Klarstellung nicht zu bestreiten, sondern zogen gemeinsam mit ihrem Parteifreund Krüger den Antrag zurück und bestätigten damit vor der Konferenz, daß der von ihnen auszuführende Schubertsche Kreuzzug gegen die „Gewerkschaftsbureaukratie“ gescheitert war. Damit hätte es sein Bewenden haben können. Doch Dombrowski und Stangenberg „denken“; Schubert aber lenkt! Was blieb Schubert übrig, als eine Sonderaktion nach diesem Reinfall selbst einzuleiten. Er tat dies in einer „von der kommunistischen Betriebszelle“ am 27. Juli in Lüttich einberufenen Belegschaftsversammlung der Zellstoff- und Papierfabrik Lüttich. Der über diese Versammlung im kommunistischen „Echo des Ostens“, Nr. 175, erschiene Bericht zwingt uns, aus unserer Reserve herauszutreten, wobei wir trotzdem bei einem der Beteiligten zunächst die moralische Hinrichtung in aller Öffentlichkeit und zwar ohne kommunistische Bilderverfälschung, noch vermeiden wollen. Zunächst wollen wir feststellen, daß irgendeine „kommunistische Betriebszelle“, auch wenn deren Gründer Erfahrungen im Zellengefängnis erworben haben sollte, kein Recht hat, Belegschaftsversammlungen einzuberufen. Nach § 46 WRG. steht dieses Recht nur dem Betriebsratsvorsitzenden zu. Nach § 48 WRG. hat der Betriebsratsvorsitzende darüber zu wachen, daß in der Belegschaftsversammlung „nur Angelegenheiten behandelt werden, die zu ihrem Geschäftskreis gehören“; dazu gehörte aber sicher nicht der von Schubert in der Belegschaftsversammlung gehaltene Vortrag über „Akte Kriegsgesfahr“. Nach § 47 WRG. dürfen an Belegschaftsversammlungen ferner nur „Beauftragte der im Betriebe vertretenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitnehmer“, also nur Gewerkschaftsvertreter, nicht aber kommunistische Parteisekretäre und politische Abgeordnete teilnehmen. Unter Berücksichtigung dieser Rechtslage, an die sich der Betriebsrat und seine Mitglieder zu halten haben, wenn sie nicht Gefahr laufen wollen, von der Betriebsleitung strafflos entlassen zu werden, ist es eine Frechheit, wenn der immune Schubert in dieser kommunistischen Belegschaftsversammlung — immer noch dem „Echo des Ostens“ — eine Entschädigung annehmen ließ, die „das Verhalten des Betriebsrates auf das schärfste ablehnt“, weil „der Betriebsrat es abgelehnt hatte, in seiner Eigenschaft als Betriebsrat der Lütticher Zellstoff- und Papierfabrik sich an der am 4. August stattfindenden Antikriegskundgebung (soll wohl heißen: Kriegsgesche gegen China!) zu beteiligen“.

Der Betriebsrat war in seinem Rechte, wenn er ein derartiges Ansuchen der KPD ablehnte, um so mehr, als wegen einer gleichen Versammlung mit ähnlichem Thema und Verlangen der kommunistische Parteisekretär Sachis in Halle bereits den Betriebsratsvorsitzenden der Papierfabrik Weissenfels auf dem Gewissen hat, der strafflos entlassen wurde, weil er aus der Belegschaftsversammlung eine kommunistische Agitationsversammlung machte, und der sich vom Arbeitsgericht Weissenfels seine strafflose Entlassung

bestätigen lassen mußte, trotzdem sein Vertreter vor dem Arbeitsgericht, ein Stalinistischer Gewerkschaftsbeamter des Schuhmacherverbandes, „an dem revolutionären Klan“ sicher nicht fehlen ließ. Aber das Arbeitsgerichtsurteil genügt diesem kleinen Stalin schon, um den Betriebsratsvorsitzenden fallen zu lassen und die durch Arbeitsgerichtsurteil anerkannte strafflose Entlassung widerstandslos zu schlingen. Und solchen Leuten sollen sich die Betriebsratsmitglieder bedingungslos ausliefern; das ist wirklich zu viel verlangt! Natürlich sprach Schubert auch „über die kommende Lohnbewegung“. Sonst wären wahrscheinlich aber auch nur seine Zellenengenossen in der Versammlung erschienen. Schubert würde besser tun, sich über die hundsmiserable Entlohnung in den kommunistischen Parteibetrieben auszulassen; statt den Gewerkschaften in das Handwerk zu spielen, wovon er als gewerkschaftlicher Säugling ja doch nichts versteht. Dabei nahm Schubert die von ihm fabrizierte und in der Lütticher Bezirkskonferenz von seinen Parteifreunden juristisch gegebene Resolution wieder auf und tauchte sie vorher in seinen Schmutzkübel.

Nach dem „Echo des Ostens“ führte Schubert aus: „Die Tatsache, daß die Bureaokratie des Fabrikarbeiterverbandes den Tarif nicht kündigte, hat auch zu einer Schwächung der Kampfkraft in der Lohnbewegung geführt. Der Tarif ist ganz unhaltbar. Die Arbeitszeit muß auf jeden Fall anders geregelt werden. Es gilt, den Achtstundentag restlos durchzuführen. Desgleichen sind Bestimmungen über Akkordarbeit, Ferien usw. ganz unhaltbar. Wenn der Fabrikarbeiterverband den Tarif nicht kündigte, so deshalb, weil er sein Bündnis mit den Unternehmern, das sich gegen die Arbeiter richtet, nicht kkkren will.“

Es steht jedem kommunistischen Landtagsabgeordneten frei, in gewerkschaftlichen Sachen Blech zu schwängen. Und so geht es Schubert. Der gute Mann mißt einfach Gesamtarbeitervorteil für das Reich, ostpreussischen Tarifvertrag und Bezirkslohnabkommen in seiner Dreckschleuder zusammen und spritzt drauflos. Seine Gehilfen an diesem Verleumdungslehrgang, Dombrowski und Stangenberg, hätten ihm sagen können, daß drei besondere Tarife in Frage kommen, wobei der Gesamtarbeitsvertrag für das Reich für Ostpreußen überhaupt keine Geltung hat. Sie hätten ihm sagen können, daß auch der ostpreussische Tarifvertrag nur Akkordmilitarbedienstete festsetzt, daß aber der technische Ausbau der betrieblichen Akkordregelung Sache der Betriebsräte ist, weil die Produktionsmaterial- und sonstigen Betriebsverhältnisse in jedem Betrieb anders sind. Soweit wir unterrichtet sind, sind Dombrowski und Stangenberg selbst Betriebsratsvorsitzende, und es dürfte deshalb in der Gewerkschaftsbewegung einzig dastehen, daß zwei Betriebsratsvorsitzende mit Hilfe der KPD, sich selbst ein Mißtrauensvotum ausstellen.

Dombrowski und Stangenberg mußten aber ihren Parteifreund Schubert darüber aufklären, daß auf der Papierarbeiterkonferenz in Leipzig über die ostpreussischen Verträge überhaupt keine Beschlüsse gefaßt wurden, so daß durch die Nichtkündigung des Reichsvertrages eine „Schwächung der Kampfkraft“ in der ostpreussischen Papier- und Zellstoffindustrie gar nicht herbeigeführt werden konnte. Dombrowski und Stangenberg hatten aber nicht nur die gewerkschaftliche, sondern die gewöhnliche Anstandsspflicht zu erfüllen und Schubert darüber aufzuklären, daß die Beschlüsse in Leipzig nur von den Delegierten aus dem Arbeitsverhältnis gefaßt wurden und daß infolgedessen die Verbandsleitung diese Beschlüsse zu respektieren und die Kündigung des Reichsvertrages zu unterlassen hatte. Infolgedessen richten sich die schmutzigen Vorwürfe Schuberts in ihrer Auswirkung nicht gegen die Verbandsinstanzen, sondern gegen die aus den Betrieben stammenden Vertreter der Papierarbeiter. Um mit Schubert zu reden, haben die in Leipzig vertammelt gewesenen Betriebsratsvorsitzenden und Arbeiterdelegierten „ein Bündnis mit den Unternehmern geschlossen, das sich gegen die Arbeiter richtet und nicht gestört werden darf.“

Wir brauchen aniere in Leipzig verammelt gewesenen Arbeitshollegen gegen derartige Anwürfe und Verleumdungen eines kommunistischen „Arbeitervertreters“ kaum noch in Schutz zu nehmen; sie richtet sich selbst und fällt auf den Urheber zurück. Trotzdem — können wir dem „Gewerkschaftsstrategen“ Schubert diesen Reinfall von Herzen.

Schubert hat dann in der Zellenbelegschaftsversammlung auch den von seinen Parteigängern der Lütticher Papierarbeiterkonferenz unterschriebenen Antrag, trotzdem er zurückgezogen wurde, bekanntgegeben. Dabei schenke er sich nicht, unter die Leinwandleder zu gehen und den bereits verwesenen Leichnam „Arbeitsgemeinschaft“ wieder anzugraben, um ihn für seine Zwecke zu verwenden. Der Entschuldigende fügte Schubert folgenden Satz hinzu, der in dem Antrage Krüger und Genossen auf der Lütticher Papierarbeiterkonferenz nicht enthalten war: „Diese Einstellung entpricht der arbeitserföndlichen Arbeitsgemeinschaftspolitik der Sozialdemokratie.“

Wenn Schubert ferner den Antrag Krüger und Genossen dahin umschließt, daß er den dritten Abschnitt mit den Worten beginnt: „Da durch die Führung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaokratie jeder Streik der Arbeiter verloren geht...“, so ist das zwar eine grobe Verleumdung, die ihm zu beweisen recht schwer fallen wird, wobei wir zu seiner Entschuldigung natürlich annehmen, daß er in der kommunistischen Gewerkschaftszentrale aus Versehen das Rastloshelb mit den verdrängten kommunistischen Aktionen erwischt hat. Weiter fällt Schubert folgenden Satz in dem Antrag Krüger und Genossen: „Nur wenn die Arbeiter alle Streikbrecher aus diesen Führungen entfernen — die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaokraten sind bewußte Streikbrecher — kann der Sieg gesichert werden.“ Gegen eine derartige Niederigkeit können wir nur erklären, daß Schubert uns nicht beleidigen kann. Im übrigen aber könnte die Lütticher Arbeiterchaft Schubert Aufklärung geben, welcher politischen Richtung die Streikbrecher beim großen Zellstoffarbeiterstreik angehört haben.

G. Stähler.

**Akkordarbeit ist Mordarbeit.**

In dem unter dieser Überschrift im „Proletarier“ Nr. 32 unter „Papierindustrie“ erschienenen Artikel heißt es zum Schluß:

„Leider gibt es in der deutschen Papiererzeugungsindustrie heute immer noch Arbeitgeber, die ihre Aufgabe darin sehen, mit Hilfe der heutigen Akkordsysteme die Akkordverdienste auf ein Mindestmaß herabzusetzen, und die dann, wenn sie in diesen Bestrebungen durch die organisierte Arbeiterchaft und die Gewerkschaften, gestützt auf den § 13 des Gesamtarbeitsvertrages, gestört werden, den Standpunkt vertreten, daß sie dann an der deutschen Papierproduktion kein Interesse mehr hätten. Herr von Corzmann, der Syndikus der pommerischen Papiererzeugungsindustrie, brachte diesen Standpunkt der sich sonst recht national gebärdenden Unternehmer bei den diesjährigen Bezirkslohnverhandlungen durch folgende Worte treffend zum Ausdruck: „Wenn das Kapital sich nicht verzinst, dann wandert es eben in das Ausland.“

Nunmehr wird der Redaktion mitgeteilt, daß nicht Herr von Corzmann, sondern Herr Uve Allement, der zweite Generaldirektor der Papierfabrik „Feldmühle“, den oben zitierten Ausspruch getan hat, was hiermit berichtigt wird.

**Nahrungsmittel-Industrie**

Die Zuckerpriese steigen, und ein internationales Zuckerkartell steht bevor?

Das im Vorjahr vorläufig begründete Zuckerkartell wurde nach kurzer Zeit seines Bestehens gesprengt. Damals hatten die drei großen mitteleuropäischen Zuckertproduzenten Vereinbarungen untereinander und mit den kubanischen Produzenten getroffen. In Kuba wurde die Zuckerproduktion eingeschränkt, während die europäischen Produzenten einer Be-

schränkung (Kontingentierung) ihres Zuckereports zustimmten. Das Kartell scheiterte im wesentlichen daran, daß sich das holländische Zuckermopol, das in Java gewaltige Zuckerplantagen unterhält, dem Kartell nicht anschließen wollte. In Java wurde eine großzügige Rationalisierung der Zuckerproduktion durchgeführt, so daß gerade die holländische Zuckererzeugung gewaltig anstieg. Javanischer Zucker überschwemmte den Weltmarkt und führte zur Sprengung des internationalen Zuckerkartells. Die Zuckerproduzenten führten nun seit längerer Zeit Verhandlungen mit den javanischen Zuckerproduzenten, die angeblich die Einbeziehung Javas in das neuzugründende internationale Zuckerkartell bezweckten. Jedenfalls reichte dieses Gerücht schon aus, um die Zuckerpresse stark zu erhitzen. Die durch Gesetz angeordnete Produktionsbeschränkung in Kuba, die nach Scheitern des vorjährigen Kartells aufgehoben wurde, soll auf jeden Fall wieder eingeführt werden. Gleichzeitig will man in Kuba eine Zentralfabrik schaffen, die die Überschüsse der kubanischen Produktion aus der letzten sowie die Produktion der neuen Ernte unter Ausschaltung der freien Konkurrenz im Ausland absetzen soll. Nicht einbezogen ist vorläufig in die Verhandlungen die im Besitz des amerikanischen Kapitals befindliche Zuckerproduktion auf Hawaii und den Philippinen, die Kuba auf dem amerikanischen Markte scharfe und umfangreiche Konkurrenz macht. Doch wird ein internationales Zuckerkartell ohne die Berücksichtigung dieser Länder schwer seine Preise halten können, da die Zuckerproduktion in diesen Ländern stetig im Steigen begriffen ist und wie in Java bereits erfolgte Rationalisierung auch bei ihnen — führt wird. Der Zucker der Hawaii-Inseln und der Philippinen konkurriert mit dem kubanischen Zucker auf dem Markt der Vereinigten Staaten, des größten Zuckerverbrauchers der Welt. Falls aber Kuba seine gewaltigen Zuckerüberschüsse in den Vereinigten Staaten nicht absetzen kann — bisher führte es über drei Millionen Tonnen nach den Vereinigten Staaten aus — so wird es sie auf dem europäischen Markt abzusetzen ver-

**Unfall durch Verfall.**

Schwere Brandwunden an den Beinen erlitt am 31. Juli die 18jährige Anna Schab aus Bad Nauheim, die in der Konfektfabrik „Helvetia“ in Groß-Veran beschäftigt ist, durch Umstürzen eines mit kochendem Wasser gefüllten Kessels, dessen Inhalt sich in den Arbeitsraum ergoß. Nur durch schnellste Entfernung des Wassers, in dem die Unglückliche bis an die Knie gestanden, konnte man ihr die erste Hilfe zuteil werden lassen.

Wie ist es möglich, daß ein so großer Kessel umstürzen kann? Sind denn die Einrichtungen dieses Betriebes so primitiv?

**Genossenschaftsbewegung.**

Die Konsumvereine gegen die Kartellmacht.

In der „Bäcker- und Konditor-Zeitung“ Nr. 183 vom 2. August wird in einem Aufsatz „Mehr Genossenschaftsgeist im deutschen Bäckerhandwerk“ vom „Einfluß geredet, den die Konsumvereine, die zusammen mit den Brotfabriken nur 15 bis 20 Prozent des Bedarfs decken, durch ihre Einkaufszentrale auf den Mehlmarkt ausüben“. An anderer Stelle wird aus einem Vortrage zitiert, den Verbandsdirektor Korkhaus vor westfälischen Bäckerinnungsmeistern in Hagen hielt:

„Die Abhängigkeit von den Kartellen und Trusten mußte naturgemäß zu Abwehrmaßnahmen führen. Solche wurden erfolgreich zum ersten Male durch die GCO. (Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H. in Hamburg) durchgeführt, die es fertigbrachte, die Kartelle und Syndikate im Geschäftsverkehr mit der GCO. zur Änderung ihrer Bedingungen zu bringen. Sie hat die Politik der Kartelle und Truste erstmalig wirksam durchkreuzt. Durch geeignete Zentralisation des Einkaufs und der Verteilung der Güter ist die GCO. inzwischen ein Faktor geworden, mit dem die Kartelle und Truste einzeln Wettbewerben nicht wagen... Insofern muß der GCO. zugefanden werden, daß sie vorteilhaft auf die Verhältnisse in der Wirtschaft durch die Eindämmung der Machtpolitik der Kartelle und Truste eingewirkt hat.“

Die GCO. — das sind bekanntlich die Konsumvereine des Zentralverbandes. Die Verbraucher werden sich das merken. Daß Herr Korkhaus dieselben Konsumvereine als den mittelständlerischen Verufen gefährlich bezeichnete und vorsichtige Abwehrmaßnahmen empfahl, darf man ihm nicht verübeln. Er stellte wenigstens fest, daß mit gefährlichen Mitteln gegen die Konsumvereine nichts zu machen, und daß es falsch sei, in dieser Hinsicht Versprechungen zu machen. Vielleicht merken sich das die Mittelständler, die mit Hilfe der Gesetzgebung die Konsumvereine umbringen möchten.

**Literarisches.**

„Volksgeundheit“, Sozialistische Monatschrift für Gesundheitspflege, Heilkunde, Lebensreform und Freizeitsportkultur mit dem Beiblatt: „Der proletarische Kleingärtner“. Herausgeber: Verband Volksgeundheit, Dresden 1, Marienstr. 13. Einzelheft 40 Pf., Jahresabonnement 4 Mk. Die „Volksgeundheit“ ist für die Arbeiterchaft geschrieben und von gesunden und kranken Menschen mit gleichem Nutzen zu lesen.

„Frontenerinnerungen eines Pferdes“, ein Kriegsbuch von dem Verfasser von „Vier von der Infanterie“ E. Johannsen. Liegt die Seite, schildert in acht mehr betlenen als ersten Kapiteln in ganz origineller Weise ihre Kriegserlebnisse. Trotzdem ist das Buch wohl geeignet, den Abscheu und den Abwehrwillen gegen den Krieg zu wecken und zu stärken. Das Pferd sieht die furchterlichen Geschehnisse des Krieges viel klarer, um nicht zu sagen menschlicher an als der verirrte Mensch der Schlachtfelder. Ist es nicht beschämend, daß Johannsen seine Pferde als das schlaueste Schimpfwort die Bezeichnung „Mensch“ gebrauchen läßt? — Johannsens Buch ist im Fackeltreiter-Verlag, Hamburg-Vergedorf, erschienen. Es ist durch jede Buchhandlung zu beziehen und kostet nur 1.50 Mark.

„Jugendfürsorge und Jugendpflege“ von M. P. Liebrandt. 175 Seiten. 2.60 Mk. Berlin 1929. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes m. b. H., Berlin S 14, Inselstr. 6a. Das Buch will eine Hilfe für Jugendleiter und Jugendpfleger sein. In ihm wird geschrieben über Erziehungsrecht und Erziehungsspflicht der Familie und des Staates, über Säuglings- und Kleinkinderschutz, über Vormundschaften, Erziehung- und Fürsorge-maßnahmen, Erholungs- und Gesundheitsfürsorge, Jugendrecht und Jugendgerichtshilfe, Landesfürsorge, Jugendpflege und Mitarbeit im Jugendamt. Im Anhang sind abgedruckt: Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, Verordnung, Einführungsgezet zum Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt, Verordnung über das Inkrafttreten des Reichsgesetzes, Jugendgerichtsgesetz und Gesetz über religiöse Kindererziehung.

# ❖ ❖ Unterhaltung, Wissen und Bildung ❖ ❖

## Kinder der Landstraße.

60, 70 und noch mehr Menschen beherbergt das Obdachlosenasyl Nacht für Nacht. Menschen in allen Altersklassen, deren einzige Zukunft diese Stätte wird, um nicht gänzlich im Freien kampieren zu müssen.

Da ist ein junger, blonder Hüne, der immer und immer wieder kommt, der Stammgast zu sein scheint in diesem Hause. Ja, er ist noch nicht alt, kaum 40 Jahre, und doch scheint er für niemanden zu leben. Auch die Gesellschaft scheint keinerlei Ansprüche an ihn zu haben. Unruhig schauen die großen, dunklen Augen in die Welt, als fürchteten sie, man könnte in dieselben schauen. Leicht fährt er zusammen, wird er von seinen Schicksalsgenossen angerebet, und meist bleibt er die Antwort schuldig, ging die Frage davon: „Wo kommst du her, wo gehst du hin?“ Er scheint vom Leben mehr erwartet zu haben, als was es ihm im besten Mannesalter bot. Scheu sitzt er in seiner Ecke und sinniert vor sich hin. — Denkt er etwa an seine schöne Kindheit, an seine Eltern und Geschwister? War auch Armut bei ihm zu Hause, so wurde diese ausgeglichen durch liebendes Versehen. Er war stets der Erste unter den Schülern; seltene Begabung, rasche Auffassungsgabe ließen ihm alles leicht fallen. Hätte er doch studieren dürfen! Aber woher sollten die Eltern das Geld nehmen? So blieb ihm nichts anderes übrig, als auf ein Werk zu gehen, um bei geisttötender Maschinenarbeit zu vergessen, daß er dazu berufen, geistige Produkte zu schaffen, vielen, vielen zum Segen reichend. Hätten doch die Maschinen auch das Sehnen niederkönnen können, das immer wieder drängend in seinem Herzen aufstieg: Heraus aus diesem Elend! Da kam die entscheidende Stunde. Freunde nahmen ihn mit, und bald weiheten sie ihn ein, wie sie zu Geld kommen und wie sie dann ein neues Leben beginnen wollten. Was lag näher, als daß er sich ihnen vertraute. Und dann — eine Nacht — Einbruch — Diebstahl — Entdeckung — Schiffe — Mord — Verhaftung — Verurteilung — Zuchthaus.

Ja, jahrelang der Freiheit beraubt, hatte er mit dem Leben abgerechnet. Die aufsteigenden Wünsche wurden niedergedrungen; er war ein Toler für die Gesellschaft. Die Anstaltswärter hatten nicht zu klagen über ihn. Er war einer der Willigsten, den sie hatten. Ohne Wimperzucken verrichtete er jede Arbeit, ja, es schien oft, daß ein Schein von Zufriedenheit auf seinem schönen Gesicht ruhte, wenn er Auftrag über Auftrag erhielt.

Dank seiner Führung nahnte die Freiheitsstunde schneller als er dachte. Ein Morgen — hinter ihm schlossen sich die Zuchthauswände, und jetzt begann für diesen Armen die eigentliche Strafe. Mit einer Empfehlung des Anstaltsdirektors ging er zu einem Werk und bat um Arbeit. Mißtrauisch maß man ihn von oben bis unten. Kaum war er einige Tage hier, so fühlte er auch, wie sich alle von ihm zurückhielten, wie sie zusammen tuschelten, wenn sie ihn sahen. Und einmal, da hörte er ganz deutlich, wie der eine dem anderen im Flüsterwort zuzieh: „Da kommt der Zuchthäusler!“

Nur dies eine Mal hörte er es; denn schon am Nachmittag kehrte er dem Betriebe den Rücken. Ein neues Leben wollte er beginnen, den Fehler der Jugend vergessen lernen, ein produktives Glied in der menschlichen Kette werden. Doch überall dieselbe Zurückweisung; kaum war er aufgenommen, war er auch schon gezeichnet. So spielte sich sein Leben — mit nur kurzen Zwischenräumen in der Fabrik — auf der Landstraße ab, bis er allmählich aufhörte, an das Leben, an die Zukunft zu glauben. Abgelassen muß er seine eigene Strafe ziehen, die ihm das Schicksal hart gepflastert hat.

## Keine Bildung ohne Freiheit; keine Freiheit ohne allgemeine Bildung des Volkes.

Es hat noch nie eine herrschende Klasse, einen herrschenden Stand, eine herrschende Klasse gegeben, die ihr Wissen und ihre Macht zur Aufklärung, Bildung, Erziehung der Beherrschten benutzte und nicht im Gegenteil systematisch ihnen die echte Bildung, welche frei macht, abgeschnitten hätte.

Es liegt das im innersten Wesen der Herrschaft. Wer herrscht, will sich stark und den Beherrschten schwach machen. Und wer allgemeine Bildung will, muß deshalb gegen jede Herrschaft ankämpfen.

Wilhelm Liebknecht („Wissen ist Macht“).

Faulheit und Feigheit sind die Ursachen, warum ein so großer Teil der Menschen zeitlebens gern unmündig bleibt und warum es anderen so leicht wird, sich zu ihren Vormündern aufzuwerfen. Zur wahren Reform der Denkart, mag sie auch noch so langsam vor sich gehen, ist nur die Freiheit nötig, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlich Gebrauch zu machen. Kant.

## Solidarität und Freiheit.

Die Liebe des neuen Menschengeschlechts ist die starke Liebe, die Liebe, die aus einer ganzen und freien Persönlichkeit strömt.

Wie hat man in all den Jahrhunderten das Wort Liebe mißbraucht! Das Almosengeben, das galt als Liebe. Und wenn das Unrecht und die Niedertracht von Menschen ertragen wurden, dann wurde diese Geduld Liebe genannt.

Liebe war — Schwäche. Liebe war oft Charakterlosigkeit. Und die ganzen Menschen mit glühender Liebe, die ihre Liebe der Lage und der Falschheit und der Gemeinheit entgegenwarfen durch die Tat, die hat man verstoßen und verdammt. Die ließ man sterben.

Die echte, die große Liebe heißt Freiheit und Kraft. Nur wo Fülle von Freiheit ist, kann Liebe in sieghafter Freude jublieren. Nur wo diese Freiheit verbunden ist mit stiftlicher Kraft, ringt sie alles nieder, was ihr entgegensteht, auch den Besitz, auch künstliche Grenzen zwischen den Menschen, auch wenn Jahrhunderten das alles heilig war.

Liebe, aus Freiheit und Kraft geboren, kennt nur ein Gesetz, das Gesetz, das in der eigenen bestimmend ist. Und das heißt: Recht und Gerechtigkeit, da sonst niemals Brudertum sein kann.

Die Liebe der Kraft ist Naturgesetz. Die Liebe der Stärke ist göttliches Gesetz.

Da, wo nichts Ganzes und Starkes ist, da kann auch die Liebe nie ganz und groß sein.

Das ist die sittliche Größe dieser geschichtlichen Wende, daß sie endlich die Liebe siegen läßt. Daß sie mit dem freien Menschen die stolze Liebe bringt, mit dem starken Menschen die triumphierende Liebe und mit der ganzen, selbstbestimmenden Persönlichkeit die Liebesgemeinschaft freier Menschen.

Und die solidarische Kraft freier Kämpfer ist der Keim dieser neuen sieghaften Liebe, die da aus dem Frühlingsbrausen dieser Zeit drängt. Dr. Gustav Hoffmann.

## Die wahre Freundschaft ist das nicht.

Von Jo Hanns Köster.

Kir und Kar reisen.  
Vom Hamburg nach Hannover.  
In einem leeren Abteil dritter Klasse.  
Plötzlich steigt ein hübsches Mädchen ein.  
Sitzt sich.  
Kir und Kar kullern bald die Augen heraus.  
Das Mädchen lächelt.  
Kir denkt:  
„Sie meint mich. Kar kommt gar nicht Frage.“  
Kar denkt:  
„Sie meint mich. Kir kommt gar nicht Frage.“  
Das Mädchen aber meint beide.  
Da stört nun Kir Kar und Kar Kir. . .  
Und einer ist böse auf den anderen.

Die Fahrt vergeht.  
Das Mädchen wird immer hübscher.  
Plötzlich fragt Kir:  
„Wer hat denn die Fahrkarten?“  
„Du du“, antwortete Kar karg.  
„Ich? Meine Karte habe ich. Aber deine?“  
„Du hast doch alle beide.“  
„Ich habe nicht alle beide. Ich habe nur meine.“  
Kar wird nervös. Sucht überall. Vergeblich.  
„Aber ich weiß genau, du hast sie“, versucht er es nochmals.  
„Ich habe sie nicht.“  
„Aber was machen wir denn da?“  
„Ja. Ich weiß auch nicht. Wenn die Kontrolle kommt und du mirst erwischt, mußt du den dreifachen Betrag zahlen.“  
„Ich muß die Karte reinweg verloren haben.“  
„Weißt du“, kommt ihm jetzt Kir zu Hilfe, „lege dich doch einfach unter die Bank, bis der Schaffner vorbei ist.“  
Kir bleibt nichts anderes übrig und er kriecht unter die Bank.  
Das Mädchen lächelt.  
Kir lächelt.  
Und eins ist gut auf das andere.

„Hör mal, da oben“, ruft nach einer halben Stunde Kar, „war der Schaffner noch nicht da?“  
„Noch nicht.“  
„Ich halte es hier unten nicht mehr aus.“  
„Aber er muß jede Minute kommen.“  
„Das ist mir daddegal. Mir wird schlecht.“  
Er kommt hervorgekrochen.  
„Bist du mein Freund, lieber Kir?“, fragt er freundlich.  
„Ja.“  
„Dann sei so lieb und krieche für mich da hinunter.“  
„Ich löse dich bald wieder ab.“  
„Ausgeschlossen, ich mache mich doch nicht lächerlich.“  
„Und ich?“  
„Ja du. Ich habe meine Fahrkarte.“  
Da klinkt das Mädchen aus Unfug mit dem Türschloß.  
Schwupp ist Karens Kopf wieder unter der Bank und er bleibt für Minuten stumm.  
Kir feixt begeistert.

Unterdessen wird es Kar immer schlechter.  
Es ist heiß und schweißig und sonst was.  
Aber er kann doch die Fahrt nicht noch einmal bezahlen.  
Oder gar das Dreifache.  
Vielleicht hat er doch die Karte. Er sucht nochmals.  
Stößt sich an das Mädchen. An das Schienbein. In den Magen.  
Aber die Karte bleibt verschwunden.  
Ihm wird immer schlechter und der Schaffner kommt nicht.  
Nach einer Stunde mürrt er sich hervor.  
„Mag es werden, wie es will. Ich habe es dicke.“  
In diesem Augenblick kommt der Schaffner.  
„Die Fahrkarten, bitte.“  
Kar kriecht schnell zurück und preßt sich an die Heizung. Verbrennt sich Finger, Arme, Schenkel und anderes.  
„Die Fahrkarten, bitte“, steht der Schaffner vor Kir.  
„Bitte sehr“, sagt Kir höflich.  
Und überreicht ihm zwei Fahrkarten.  
„Woher brauchen Sie denn zwei Fahrkarten?“, fragt der Schaffner verwundert.  
„Weil wir zwei sind.“  
„Wo ist denn der andere?“  
„Der ist unter der Bank“, zeigt Kir nach unten und freut sich keines gelangenen Streiches.  
Schade wäre es, wenn diese Geschichte nicht wahr wäre.

## Wochenende.

Feierabend — Wochenendel  
Lach' am morgigen Ruhetage  
sich erholen Geist und Hände  
nach der Woche Müß' und Plage!  
Schlägt nicht froh dein müßig Herz,  
wenn dein Sonntag ist gekommen,  
und nach Alltags' Sorg' und Schmerz  
lacht dir freundlich deine Sonne?  
Dampfe Stätte, harte Arbeit —  
Sollst für Stunden da vergessen;  
nütze deine Feiertzeit,  
weil das Leben kurz bemessen!  
Wer gewerkt, hat Recht zur Ruh',  
Soll sich an der Schöpfung laben.  
So schließ' stets die Woche zu!  
Dies, dein schönster Feiertabend!  
S. Walter.

## Humoristische Ecke.

### Ein braver Mensch.

Unter dem breiten Wirtshauseingang zum „Grünen Es.“  
treiben drei Herren einen eifrigen Disput.  
„I hab den Bruder Straubinger zuerst abgefaßt, mir gehört es  
Fangergeld!“ behauptet der Dorpsuß.  
Der Landjäger hält dem entgegen: „Da muß die vorgelegte  
Behörde entscheiden. Dem Landjäger steht das Fangergeld zu.“  
Der Bürgermeister schlichtet und meint: „Die vorgelegte Be-  
hörde bin zwar i . . . aber wollst denn wegen dene lumpigen fünf  
Markeln Besslerfangergeld das Bezirksamt narriich machen?  
Wehst rei in die Wirtshuben, da wird's ausgemacht.“  
Der Pusß läßt sein Radl im Hausgang stehen, geht voran in  
die Wirtshube und der Schroter folgt. Hinterher haßcht der  
Bürgermeister.  
Der Pusß muß derweil die Radfahrmaschine und den Bruder  
Straubinger bewachen.  
Nach einem Weilchen senzt der Wirt: „Bal ka man nimma  
zuhören . . . was die drei in der Wirtshub drin für an Krach  
macha . . .“  
Mit einem Griff hat der Straubinger das Rad und sitzt auch  
schon im Sattel.  
„Oha, dableim!“ sagt bestimmt der Wirt.  
„Ich fahr nur geschwind zum Bezirksamt und frag, wer eigent-  
lich die Fangergebühren kriegen muß . . . ich bin bald wieder da“,  
sagt der Bruder Straubinger und fährt dahin.  
Mit dankbarem Blick schaut ihm der Wirt nach und meint:  
„Dös is amal a kreuzbraver Mensch, schad drum, daß er a Hand-  
werksbursh is . . .“  
Auf das Wiedersehen wartet der Wirt heute noch. L. P.

### Er kennt seine Grenzen.

„Hör mal, Fritz“, so sprach in strengem Tone der Vater, „dein  
Direktor hat mir einen Brief wegen deines wahrhaft miserablen  
Schulzeugnisses geschickt. Er sagt darin, du wärest so schlecht in  
der Mathematik, daß du häufig genug kaum über Mark hinaus  
rechnen könntest. Was willst du eigentlich später im Leben an-  
fangen, du bist ja für nichts zu gebrauchen!“  
Der junge Mann lächelte, zündete sich dann seelenruhig eine  
neue Zigarette an und sagte: „Das macht nichts, lieber Vater,  
ich werde einen 10-Pf.-Wasar aufmachen!“

### Moderne Jugend.

Ein alter Herr besaß in U-Dorf den Personenzug. Auf der  
nächsten Station in V-Dorf sprang im letzten Moment noch ein  
junger Mann in den Wagen und warf sich schnaufend und prustend  
in eine Ecke.  
Da meinte der alte Herr: „Aber lieber junger Mann, was  
prüften Sie denn so? In meiner Jugend kannte man bei solchen  
Kleinigkeiten keine Erschöpfung. Ich kam nie zu spät zum Zug.“  
„Alter Herr“, sprach da der junge Mann, „ich habe aber den  
Zug schon in U-Dorf verpaßt.“



Hat denn der Siebzighährige keine andere Weibe, wo er für  
sein Alter Ruhe finden könnte, als das Obdachlosenheim, in dem  
er immer wieder einsam? Auch diesem ist die Landstraße zur  
Heimat geworden: hat er doch wie ein Plätzchen gekauft, wo er  
sich lagern konnte. Hier bin ich zu Hause, hab Heimat und Heimat-  
recht.

Wie hat er Eltern gekannt, wie hat ihn ein Mütterlein auf  
ihren Armen gehalten. Das Waisenhaus hat diese ersetzt.

„Er ist ein schwer erziehbare Junge“, sagten damals die  
Lehrer und Leiter des Hauses. Oh, hätten doch die Menschen in  
die Seele dieses Kindes geschaut, sie hätten ein offenes Buch vor  
sich gehabt, aus welchem Seite für Seite zu ihnen gesprochen von  
heißem Verlangen nach Liebe und Versehen, von Knabenübermut  
und Frohsinn, der aber schon im Keime erstickt wurde. Wie manche  
Schläge mußte er erdulden, weil er nicht verstehen konnte, daß  
die Anordnungen der Aufsichtsräte ihm zum Segen seien. Ja, er  
war ein schwer erziehbare Junge. — Und später, schon zum  
Manne erwachsen, da lang er schwer an den Folgen der Anstalts-  
erziehung. Er konnte sich nirgends schämen; wußte er etwas,  
so rügte er. — Und doch hätte auch bei ihm Ausgleich geschaffen  
werden können zwischen Sein und Mäßigkeit, hätten die Menschen  
nur einmal es verstanden, liebend verziehend und verziehend diesem  
Entrechteten einen Weg zu zeigen, der ihn die Heimat erzeigte. —  
Auf der Landstraße konnte er keine Wege ziehen, und kommt ihm  
auch niemand mit Versehen entgegen, so braucht er sich doch nicht  
zu quälen über die Rücksichtslosigkeit der Menschen.

So treffen sie allabendlich ein, jene, denen die Landstraße zur  
Heimat wurde. Jung und alt, von Schicksal verfolgt, Erleben,  
Gruß, Sorge in den Augen, oft Namen tief vernehmigen Wehens,  
manchmal brutal, roh, aber fast immer ein Opfer der sozialen Ver-  
hältnisse. Bertha Rich.